

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Rekommunalisierung  
wird zum Trend

B. Hauenschild und S. Halmer

Pikettys »Kapital  
im 21. Jahrhundert«

Philipp Metzger

Die Verselbständigung neoliberaler  
Wirtschaftspolitik in der EU

M. Marterbauer und L. Oberndorfer

Sozialdemokratische Orientierungs-  
und Existenzfragen

Ludwig Dvořák et al.

## WIEN IM ERSTEN WELTKRIEG

WIENMUSEUM





# EDITORIAL

Die flotten Sprüche der Ex-Justizministerin Bandion-Ortner über die angeblich nicht so dramatische Häufung von Enthauptungen in Saudi-Arabien sorgen für Empörung in der veröffentlichten Meinung. Einerseits völlig zu Recht: Dass für eine Strafrichterin schwerste Menschenrechtsverletzungen nicht so schlimm sind, solange sie nicht »jeden Freitag« erfolgen, wirft ein befremdliches Licht auf den bei solchen Äußerungen zu vermutenden Umgangston in Österreichs Gerichtssälen. Wohl auch deshalb reagierte die Landesvertretung peinlich berührt. Andererseits überrascht die folgende Medienhysterie denn doch: Pardauz, dieses Zentrum hat den Status einer internationalen Organisation, sitzt in der Wiener Innenstadt und wird von Saudi-Arabien finanziert? Dass das ganze Land, einschließlich der Spitzen von Regierung und Parlament davon überrascht scheinen, ist das eigentlich Überraschende in der Debatte. Schließlich hatte Außenminister und Vizekanzler Spindelegger den Gründungsvertrag 2011 persönlich mit seinem saudi-arabischen Amtskollegen und seiner spanischen Amtskollegin unterschrieben. Das Parlament segnete den Regierungswunsch im Sommer 2012 ab. Im Ausschuss hatte die FPÖ dem Zentrum noch zugestimmt, erst im Plenum kamen ihr Bedenken, dass das Geld aus Saudi-Arabien möglicherweise nicht genug sein könnte. All diese Vorgänge erfuhren schon damals eine durchaus beachtliche Publizität, schließlich war Saudi-Arabien auch 2012 eine brutale Diktatur mit religiös-fundamentalistischer Ausrichtung. Aber immerhin: Ein Umdenken in Sachen Menschenrechte ist auch, wenn es spät kommt, besser, als wenn es nie erfolgt. Bleibt zu hoffen, dass der Schutz von Menschenrechten in der Öffentlichkeit weiter einen so hohen Stellenwert behält, auch wenn es nicht um eine Diktatur islamischer Extremisten in einem weit entfernten Land geht.

In dieser Ausgabe beschäftigen sich eingangs **Susanne Halmer** und **Barbara Hauenschild** mit Tendenzen der **Rekommunalisierung** in Europa. Eine aktuelle Studie der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (öGPP) untersucht 40 Beispiele, in denen sich Gemeinden privatisierte Aufgaben und Betriebe wieder zurückgeholt haben.

**Lukas Oberndorfer** und **Markus Marterbauer** sehen in ihrem Beitrag die objektiven Voraussetzungen für eine so-

zial-ökologische **Politikwende** in Europa gekommen und führen ihr Ausbleiben auf die zunehmend **autoritäre Durchsetzung neoliberaler Politiken** durch die Missachtung der verfassungsrechtlich vorgesehenen Normerzeugungsregeln zurück.

Wo **Marterbauer** und **Oberndorfer** einen »**autoritären Konstitutionalismus**« verorten, verlangt **Thomas Nowotny** in seinem Beitrag ausgehend von einer ähnlichen Problemanalyse europäischer Wirtschaftspolitik, die **Wiedererlangung des Vorrangs der Politik** vor einer den Realitäten längst entkoppelten neoliberalen **Mainstream-Wirtschaftstheorie**.

Welche **Rolle** die **europäische und österreichische Sozialdemokratie** bei der Durchsetzung einer politischen Alternative zur wirtschaftlichen und sozialen Dauerkrise in Europa (nicht) spielt bzw. welche sie spielen sollte, beschäftigte mehrere Mitglieder der ZUKUNFT-Redaktion in ihrem Beitrag.

**Stefan Brocza** hat für die ZUKUNFT ein jüngst in Übersetzung erschienenes Buch **Pierre Bourdieus** über den Staat gelesen.

Eine ausführliche **Besprechung** des nunmehr auch in deutscher Übersetzung erschienenen Bestsellers **Thomas Pikettys** »**Das Kapital im 21. Jahrhundert**« von **Philipp Metzger** liefert bemerkenswerte Einblicke in das aktuell meistdiskutierte ökonomische Werk der Welt.

Nach den **Buchtipps** argumentiert **Markus Marterbauer** in seinem Schlusswort, warum die **Steuerreform** eine Umschichtung der Steuerlasten von der Arbeit zu Vermögen, aber keine Senkung des Einnahmenniveaus des Staates bringen sollte.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!



# Inhalt



Plakat, 1917, Entwurf: Theodor Zasche  
Farblithographie, © Wien Museum

## 6 **Rekommunalisierung wird zum Trend**

VON BARBARA HAUENSCHILD UND SUSANNE HALMER

## 12 **Die Verselbständigung neoliberaler Wirtschaftspolitik in der EU**

VON MARKUS MARTERBAUER UND LUKAS OBERNDORFER

## 18 **Die theoretische Nationalökonomie versagt an der Praxis**

VON THOMAS NOWOTNY

## 24 **Sozialdemokratische Orientierungs- und Existenzfragen**

VON LUDWIG DVOŘÁK ET AL.

## 30 **»Heute ist der Mensch nur noch Staatsmensch ...«**

VON STEFAN BROCZA

## 34 **Pikettys »Kapital im 21. Jahrhundert«**

VON PHILIPP METZGER

## 40 **Die Faszination der Ersten Republik**

VON GEORG FRIESENBICHLER

## 43 **Rotes Wien**

VON FRITZ KELLER

## 44 **Buchtipps**

Sachliches & Belletristisches

## 46 **Sinken soll die Lohnsteuer, nicht die Abgabenlast**

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

# Rekommunalisierung wird zum Trend

**Rekommunalisierung liegt im Trend.** Immer häufiger werden zuvor privatisierte Aufgaben der Daseinsvorsorge wieder von der öffentlichen Hand übernommen. Die »Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung« (ÖGPP) legte nun einen Bericht vor, der über 40 Beispiele von erfolgreichen Re-Kommunalisierungen aus ganz Europa beschreibt. Barbara Hauenschild und Susanne Halmer fassen für die ZUKUNFT die wichtigsten Ergebnisse zusammen.

**R**ekommunalisiert werden kann, wo zuvor privatisiert wurde. Und privatisiert wurde in ganz Europa in den letzten drei Jahrzehnten in allen Bereichen der Daseinsvorsorge. Margaret Thatcher läutete in Großbritannien in den 1980er Jahren das neoliberale Zeitalter in Europa ein. Unterstützung erfuhr diese Politik durch die Europäische Union, die mit zahlreichen EU-Richtlinien die Liberalisierung von Dienstleistungsbereichen vorantrieb – zur Stärkung des Binnenmarktes, so die Begründung. Es wurde argumentiert, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen für alle nur Vorteile bieten würde. Die Kommunen könnten durch den Verkauf ihre Budgetlöcher stopfen und darüber hinaus die oftmals notwendigen Investitionen in den Aus- und Umbau sowie die Erhaltung der Infrastruktur an private Investoren auslagern. Und die KundInnen würden von dem durch die Liberalisierung entstehenden Wettbewerb profitieren, denn neben sinkenden Preisen würden sie ein Mehr an Qualität erwarten. Das war das Versprechen und die Theorie.

In der Praxis wurde bereits in den 1990er Jahren deutlich, dass die hohen Erwartungen bei weitem nicht erfüllt werden konnten. Der Wettbewerb blieb gerade in den netzbezogenen Bereichen der Daseinsvorsorge, sprich im Energie- und Wassersektor, aus. Die öffentlichen Monopole wurden häufig durch private ersetzt. Die KundInnen waren mit Preiserhöhungen und Leistungseinbußen konfrontiert. »Selbst bei als Modellprojekten geplanten Privatisierungen sind die Ergebnisse hinsichtlich Produktivität und Qualität alles andere als überzeugend.« (Schneider 2013: 151) Zurückzuführen ist die mangelhafte Qualität in erster Linie auf die von den privaten

Unternehmen zu wenig oder gar nicht getätigten Investitionen. Eigentlich ein Motiv für viele Privatisierungen wurden diese von den privaten Betreibern nur all zu oft unterlassen, um Kosten zu sparen. Mit weitreichenden Folgen für die öffentliche Hand, die Bevölkerung und auch das ökologische Gleichgewicht. So waren im Wasserbereich etwa die Verschwendung von Ressourcen bis hin zu gesundheitlichen Risiken für die KonsumentInnen feststellbar: das Ausbleiben von Investitionen in die Wartung führte zu lecken Leitungen und enormen Wasserverlusten, die weit höher sind als in kommunal geführten.

Das wurde mittlerweile auch wissenschaftlich belegt. Um trotz dieser Verluste ausreichend Wasser bereitstellen zu können, wurde und wird mitunter Wasser aus »schmutzigen« Quellen eingespeist. Weil die Wasserqualität leidet, wird dem Wasser Chlor zur Desinfektion beigemischt, oft in Mengen, die bei dauerhafter Aufnahme ein Gesundheitsrisiko darstellen. Für die Kommunen ist dennoch die Versorgungspflicht geblieben. Das heißt, werden Investitionen von den Privaten nicht getätigt, müssen am Ende die Kommunen und damit die Bevölkerung einspringen und zahlen.

Für die Kommunen waren die Privatisierungen somit häufig ein teures Geschäft. Zwar verbesserte sich die kommunale Haushaltslage kurzfristig durch Verkaufserlöse. Doch dafür entgingen ihnen auch dauerhafte Einnahmen. Die Privatisierung bislang öffentlicher und ertragreicher Dienstleistungen brachte viele kommunale Haushalte in eine Schieflage, da weniger lukrative Bereiche nicht länger durch die ertragreichen querfinanziert werden konnten und können.

Dieses »Rosinen-Picken« durch private Investoren zeigt auch den grundlegenden und gravierenden Unterschied zwischen privater und öffentlicher Aufgabenerfüllung: Während bei Privaten die Profitmaximierung im Vordergrund steht, ist es bei den Kommunen die Gemeinwohlorientierung. Die öffentlichen Leistungserbringer haben das Ziel, die Ver- und Entsorgung für die Bevölkerung unter Ein- und Erhaltung von Qualität, Sozial- und Umweltstandards sicherzustellen.

All diese Erfahrungen und negativen Folgen haben die Privatisierung bei BürgerInnen und Kommunen in Frage gestellt. Immer mehr BürgerInneninitiativen engagieren sich heute gegen neue Privatisierungen, wie zuletzt auch bei der europaweiten Kampagne *right2water* zu sehen war, die sich gegen die geplante Wasserliberalisierung einsetzte und von fast 2 Million Menschen unterstützt wurde. Einmal getroffene Entscheidungen für eine Privatisierung sind nicht leicht umkehrbar. Dennoch haben viele Kommunen gehandelt und in den letzten Jahren äußerst erfolgreich Dienstleistungen wieder rekommunalisiert, wie nachstehende Beispiele zeigen.

## WASSERVERSORGUNG

Im Bereich der Wasserversorgung zeigte sich gerade im Vorreiterland der privaten Versorgung – Frankreich – eine Trendwende. In der Hauptstadt Paris wurde diese im Jahr 2010, nach 25 Jahren der privaten Erbringung durch Veolia und Suez, wieder in öffentliche Hand übertragen. Der Grund waren enorme Preisanstiege (zwischen 1985 und 2009 stieg der Wasserpreis um 265 Prozent) und ausbleibende Investitionen der privaten Betreiber. Seit der Übernahme durch die neugegründete Eau de Paris haben sich die Wasserpreise stabilisiert. Die Rekommunalisierung der Wasserversorgung in Paris hatte eine Vorbildwirkung für eine Vielzahl anderer französischer Kommunen, darunter etwa Bordeaux. Im Jahr 1991 wurde hier ein 30-jähriger Konzessionsvertrag mit Suez geschlossen. Innerhalb von nur drei Jahren stieg der Wasserpreis um 30 Prozent.

Im Jahr 2005 fanden schließlich mehrere Audits statt, die aufdeckten, dass Suez mithilfe von Finanz- und Abrechnungstricks hohe Gewinne einfahren konnte. Das führte von 1992 bis 2003 für das Unternehmen zu Mehreinnahmen in Höhe von 233 Mio. Euro, die wenig später an die Gemeinde rückerstattet werden mussten. Neben diesen Geschäftspraktiken der privaten Betreiber zeigt dieses Beispiel auch ein anderes Problem der privaten Wasserversorgung: die fehlenden Investitionen in die Infrastruktur und Wartung. Durch lecke Lei-

tungen war der Grundwasserspiegel bereits zurückgegangen. Zum Ausgleich wurde schadstoffhaltiges Wasser aus der Garonne eingespeist. Aufgrund dieser Vorkommnisse wurde im Jahr 2011 beschlossen, den Vertrag mit Suez bereits 2019 statt 2021 zu beenden. Ab diesem Zeitpunkt übernimmt die Kommune die Wasserversorgung wieder selbst. Die Verkürzung des Vertrages um drei Jahre ist aber mit einem erheblichen finanziellen Aufwand (zwischen 50 und 70 Mio. Euro) für die Stadt verbunden.

Weitere Beispiele für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung sind die ungarische Hauptstadt Budapest oder die deutsche Hauptstadt Berlin. Berlin stand nach der Wiedervereinigung Deutschlands vor großen finanziellen Herausforderungen und musste gleichzeitig die Wasserversorgung weiter ausbauen. In dieser Situation wurden 1999 die Berliner Wasserbetriebe teilprivatisiert und 49,9 Prozent der Anteile an ein Konsortium aus rwe und Veolia verkauft. Bald wurde Kritik laut, dass große Teile der Verträge geheim waren und der Öffentlichkeit Informationen vorenthalten wurden. Darunter fiel die sogenannte »Gewinnklausel«, die den Privaten den Ausgleich eines etwaigen Gewinnverlusts durch die Stadt zusicherte. Nachdem ab 2004 die Wasserpreise jedes Jahr gestiegen waren, forderte die neue Koalition zwischen SPD und Linken im Jahr 2006 die Offenlegung der Verträge sowie letztlich eine Rekommunalisierung der Berliner Wasserversorgung. Unterstützt wurde dies durch die BürgerInneninitiative »Berliner Wassertisch«.

## FATALE ENTSCHEIDUNGEN

Der massive Druck bewegte auch die privaten Unternehmen zum Einlenken. Die Stadtregierung konnte sich nach längeren Verhandlungen im Juli 2012 mit rwe und im September 2013 mit Veolia über die Rekommunalisierung einigen. Die Berliner Wasserbetriebe befinden sich seit 2013 wieder vollständig im öffentlichen Eigentum. Dieser Fall »zeigt beispielhaft, wie Kommunen unter dem Druck der Finanznot fatale Privatisierungsentscheidungen treffen, [...] durch einen verengten Blick auf kurzfristig erzielbare hohe Privatisierungserlöse (auf) nachhaltige und größere Finanzierungsmöglichkeiten (verzichten) und wie Public-Private-Partnership-Modelle die Kommune des Einflusses und der Gestaltungsmöglichkeiten auf Unternehmen der Daseinsvorsorge berauben.« (Wolf 2013: 95f)

Bei Rekommunalisierungen im Energiesektor könnte Deutschland eine Vorbildwirkung bekommen. Hier laufen bis

zum Jahr 2016 mindestens 20.000 Konzessionen aus. Das bietet den Kommunen die Möglichkeit zur Rückübertragung. Seit 2007 wurden bereits über 60 neue Stadtwerke gegründet und etwa 200 Konzessionen an öffentliche Anbieter vergeben. Und zwar sowohl in großen Städten wie Berlin und Hamburg als auch in kleinen Gemeinden wie etwa in der hessischen Kleinstadt Wolfhagen (13.800 EinwohnerInnen). Hier wurde bis zum Jahr 2006 die Stromversorgung in einem Teil der Stadt durch E.ON erbracht, der andere, größere Teil der Stadt aber von den gemeindeeigenen Stadtwerken Wolfhagen versorgt. Mit dem Auslaufen des Konzessionsvertrages für E.ON wurde nach langwierigen Verhandlungen das gesamte Stromnetz der Stadt rückübertragen.

Die Stadtwerke Wolfhagen zeigen seither das große Potenzial der Stadtwerke: Durch die Rekommunalisierung können nun die Aufgaben effizienter erledigt und dabei gleichzeitig eine Balance zwischen Anliegen der Stadtwerke und den BürgerInnen verfolgt werden. Zusätzlich werden energiepolitische Ziele umgesetzt, mit denen langfristig auch Preissenkungen realisierbar sein sollen. Wolfhagen gilt als Musterbeispiel bei der Förderung erneuerbarer Energien und hat bereits einen Windpark, Biomasseverstromung, Fotovoltaikanlagen und einen Solarpark umgesetzt.

### ABFALLENTSORGUNG

In der Abfallentsorgung können seit etwa zehn Jahren eine Reihe an Rekommunalisierungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien beobachtet werden. Da es aber zeitgleich auch Fälle von neuen Privatisierungen gab, bleibt abzuwarten in welche Richtung die Entwicklung in diesem Bereich tatsächlich geht.

Als Vorbildprojekt einer rekommunalisierten Abfallentsorgung gilt Bergkamen. Die 50.000 EinwohnerInnen zählende Stadt in Nordrhein-Westfalen hatte eine lange Tradition der privaten Abfallentsorgung. Als die Konzession von Remondis jedoch Ende 2005 auslief, wurden im Interesse der BürgerInnen mögliche Alternativen untersucht. Ein vergleichendes Wirtschaftlichkeitsgutachten einer Unternehmensberatung kam schließlich zum Ergebnis, dass eine Eigenerbringung der Leistung eine Kostenreduktion um beachtliche 30 Prozent bedeuten würde. Der neu gegründete Entsorgungsbetrieb Bergkamen übernahm schließlich mit Juli 2006 das Einsammeln und den Transport des Hausmülls. Auch die mit der Rekommunalisierung verbundenen Ziele konnten erreicht werden: Die prognostizierte Kostenreduktion wurde direkt an

die KundInnen weitergegeben. Die Müllgebühren konnten im Vergleich zur privaten Erbringung um 12 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig wurde das Serviceangebot verbessert: der Abfuhr-Rhythmus wurde vereinheitlicht und es konnten zusätzliche Angebote geschaffen werden wie Veranstaltungstonne, Laub-Sammelbox, Windeltonne usw.

Für Bergkamen war die Rückführung der Abfallentsorgung nicht die erste gelungene Rekommunalisierung. Bereits Mitte der 1990er Jahre wurde die Strom- und Erdgasversorgung erfolgreich rekommunalisiert. Zusammen mit zwei weiteren Gemeinden wurden die interkommunalen Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen gegründet, die ab 2003 auch die Fernwärmeversorgung und ab 2010 die Wasserversorgung der Region übernommen haben. Die Stadtwerke zeigen bis heute, wie kommunale Unternehmen ihre Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen können. So wurden etwa Förderprogramme für Erdgas-PKWs und Erdgas-Heizungsanlagen initiiert und eine Erdgastankstelle errichtet. Die Einnahmen aus lukrativen Bereichen helfen außerdem, defizitäre Bereiche (wie etwa der Betrieb von Schwimmbädern und anderen Sport- und Freizeittätten) zu finanzieren. Bergkamen zeigt, dass man mit dem Wunsch, der Bevölkerung die bestmögliche und kostengünstigste Leistung anzubieten, für jeden Sektor eine individuelle und optimale Lösung finden kann.

### ÖFFENTLICHER VERKEHR

Mittlerweile können auch im Öffentlichen Personennahverkehr Rückübertragungen vermerkt werden. Gerade in Großbritannien, dem Vorreiterland der Liberalisierung, kam es mit der Londoner Metro und der britischen Eisenbahn zu zwei der bekanntesten Rekommunalisierungen. Die britische Staatsbahn British Rail wurde zwischen 1994 und 1997 radikal und vollständig privatisiert. Sie wurde zerschlagen und in einzelnen Tranchen an private Anbieter verkauft, wobei die Infrastruktur (Schienen, Tunnel, Brücken, ...) von den Dienstleistungen (Personen- und Güterverkehr) getrennt wurde.

Die Infrastruktur übernahm Railtrack, während mit dem operativen Betrieb 106 Einzelunternehmen betraut waren. Das Motiv dahinter war, die anstehenden Kosten für die notwendige Modernisierung des Bahnbetriebs an Private auszulagern. Außerdem sollte der Wettbewerb den Schienenverkehr beleben und zu billigeren Transportkosten führen. Die tatsächlichen Folgen waren jedoch vollkommen andere. Für die KundInnen wurde Bahnfahren ein mühsames Unterfan-



gen, da die Fahrpläne nicht aufeinander abgestimmt waren, die Tarifsysteme unübersichtlich wurden, die Preise anstiegen und es zu vielen Verspätungen kam. Die dringend notwendigen Investitionen aber erfolgten nicht. Die Folge waren 20 schwere Zugsunglücke mit insgesamt 42 Toten und über 700 Verletzten. Der Infrastrukturbetreiber war, auch wegen der Ausschüttung großzügiger Renditen, mit dem Investitionsmaß überfordert, so dass ihn auch eine staatliche Subvention nicht mehr retten konnte. Im Jahr 2011 war Railtrack insolvent und der Infrastrukturbetreiber wurde wieder verstaatlicht. Die Investitionskosten sind in den Jahren nach der Übernahme explodiert und betragen jährlich 5 Mrd. Pfund. Als Folge dieser zeitweiligen Privatisierung ist der britische Eisenbahnverkehr heute einer der teuersten der Welt.


Zu Rekommunalisierungen kam es in den vergangenen Jahren auch in Dienstleistungsbereichen wie Rettungsdienste, Gebäudereinigung oder Straßenbeleuchtung. So hat die deutsche Stadt Düren im Jahr 2012 den Betrieb und die Wartung der Straßenbeleuchtung wieder selbst übernommen. Grundlage dieser Entscheidung war ein Gutachten, das ein Einsparungspotenzial von mehreren hunderttausend Euro prognostiziert hat. Durch eine Umrüstung auf die kostengünstigere LED-Technik können zukünftig 60 Prozent der bisherigen Energiekosten gespart und eine jährliche Kohlendioxideinsparung von 1.500 Tonnen erzielt werden.

## GEMEINWIRTSCHAFTLICHER NUTZEN

Beispiele wie diese aus großen wie kleinen Städten zeigen, dass und wie Rekommunalisierung funktionieren kann. Einfach ist der Weg meist nicht, denn private Betreiber wehren sich, aus dem Geschäft zu fliegen. Eine gezielte Vorbereitung sowie das Abwiegen der finanziellen Machbarkeit sind die Grundvoraussetzungen für den erfolgreichen Aufbau einer eigenen Dienstleistungserbringung durch Kommunen. Es ist sicherzustellen, dass eine Rückübertragung letztendlich einen gemeinwirtschaftlichen Nutzen hat und der Kommune und ihren BürgerInnen zugutekommt.

Obwohl der Trend in der Daseinsvorsorge wieder in Richtung öffentliche Hand geht, ist auf Ebene der Europäischen Kommission keine Abkehr von den Liberalisierungsbestrebungen zu erkennen. Trotz der teilweise desaströsen Erfahrungen mit Privatisierungen wird nahezu ideologisch an den vermeintlichen Vorzügen liberalisierter Märkte und privater Leistungserbringung festgehalten. Seit Mitte der 1990er Jahre wird die Liberalisierung des Wassersektors von der Europä-

ischen Kommission als Ziel verfolgt. Über verschiedene Wege und Initiativen wurde seither immer wieder versucht, diesem Ziel näher zu kommen. Zuletzt brachte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Konzessionsrichtlinie ein, die zu einer Liberalisierung der Wasserversorgung geführt hätte. Der Wassersektor wurde aufgrund massiver Proteste der europäischen BürgerInnen zwar vorerst ausgenommen, die Übergangsfrist läuft jedoch 2020 aus. Danach könnte auch dieser Bereich wieder in den Fokus von Liberalisierungsbestrebungen rücken. Ähnlich verhält es sich beim 4. Eisenbahnpaket, das Kommunen zur Liberalisierung der Öffentlichen Personennahverkehrsdienste zwingen sollte. Und das, obwohl sich das dritte Paket noch bis 2015 in der Beobachtungsphase befindet.

Gerade aufgrund dieser anhaltenden Bestrebungen in Richtung Liberalisierung und Privatisierung ist es wichtig, dass sich die Kommunen auch ihrer Stärken und eigentlichen Aufgaben bewusst werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Leistungen der Daseinsvorsorge muss gewährleistet sein. Wenn es auch schwierig sein mag, so ist eine Rekommunalisierung in vielen Fällen die notwendige Alternative zur fehlgeschlagenen privaten Erbringung. 

**BARBARA HAUENSCHILD und SUSANNE HALMER**

sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP).

---

## ZITATQUELLEN

**Schneider, Karsten** (2013): Gute Arbeit im öffentlichen Dienst. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 148-160. | **Wolf, Harald** (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 95-109.

# WIEN IM ERSTEN WELTKRIEG

WIEN MUSEUM

Der Erste Weltkrieg war der erste Krieg, in dem die Zivilbevölkerung massiv eingebunden war. Die Stadt wurde zur »Heimatfront« und die Bevölkerung damit zu Beteiligten in einem Krieg, der zwar weit entfernt vom Stadtgebiet geführt wurde, aber unmittelbare Auswirkungen auf das Leben jedes einzelnen Bewohners hatte. Nach einer kurzen Phase der Begeisterung und der Erwartung eines schnellen Sieges machte sich rasch Ernüchterung breit. Große Massen von Kriegsflüchtlingen strömten in die Stadt und konnten kaum versorgt werden. Frauen und Kinder mussten die Arbeitskraft der an der Front befindlichen Männer ersetzen und wurden Teil eines Krieges, der nicht nur auf den Schlachtfeldern, sondern auch an der sogenannten »Heimatfront« gewonnen werden musste. Kriegspropaganda und Realität klafften immer weiter auseinander. Die multiethnische Bevölkerung Wiens litt an Versorgungsengpässen, Lebensmittel wurden rationiert und waren kaum noch erhältlich. 1917 hungert die Bevölkerung Wiens endgültig. Proteste und »Hungerstreiks« läuteten den endgültigen Zusammenbruch der Monarchie ein.

## Wien Museum

bis 18. Jänner 2015

Wien Museum Karlsplatz

1040 Wien, Karlsplatz 8

[www.wienmuseum.at](http://www.wienmuseum.at)



Die Donau mit dem Kahlenberg und Leopoldsberg.



zeit.

Im Schützengraben.

# Die Verselbständigung neoliberaler Wirtschaftspolitik in der EU

**Die Europäische Union** und ihre Mitgliedstaaten haben sich wirtschaftspolitisch seit mehreren Jahrzehnten dem neoliberalen Modell verschrieben. Im Mittelpunkt steht die Schaffung freier Märkte, auch und besonders auf den Finanzmärkten, die Wirtschaftspolitik konzentriert sich auf Preisstabilität und ausgeglichene öffentliche Haushalte. Doch die Bedingungen für die Fortsetzung und Vertiefung dieses Modells haben sich im Zuge der Finanzkrise wesentlich verschlechtert – ökonomisch, ideologisch und auch politisch. Dennoch erscheint eine sozial-ökologische Wende in den kommenden Jahren aufgrund der tiefgreifenden Entdemokratisierung vorerst blockiert. Markus Marterbauer und Lukas Oberndorfer über einen sozial-ökologischen Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt.<sup>1</sup>

Ökonomisch wird das Scheitern der neoliberalen Krisenpolitik immer deutlicher. Im siebten Jahr der Krise ist kein Ende absehbar. Im Gegenteil, die Eurozone taumelt bereits zum *dritten* Mal in diesem kurzen Zeitraum in eine Rezession. Am Beginn der Krise stand der von den Vermögenden und zentralen Akteuren der finanzmarktgetriebenen Akkumulation<sup>2</sup> durchgesetzte Glaube an das theoretische Konstrukt freier, effizienter und wohlstandsschaffender (Finanz-)Märkte. Die Folge war eine tiefe systemische Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2007/08. Seither kommt die Regulierung und Schrumpfung des Finanzsektors kaum voran und die von ihm produzierten Kosten werden in großem Stil auf die Bevölkerung abgewälzt.

Mit dem raschen Umschwenken auf einen harten Austeritätskurs wurde die zweite Rezession der Jahre 2012/2013 von der Wirtschaftspolitik selbst verursacht. Sie beruhte neuerlich auf einer der neoliberalen Annahme, dass restriktive Budgetpolitik expansive Effekte in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung entfalten kann («non-keynesian effects»). Zusammen mit der aktiven Lohnsenkungspolitik in den Krisenländern<sup>3</sup> entstanden so jene Kräfte, die die Eurozone nun in eine Deflation getrieben haben.

Dieser Prozess ist bereits viel weiter vorangeschritten als allgemein vermutet und er ist äußerst gefährlich. Deflation erhöht den realen Wert der Schulden von Haushalten, Unternehmen und Staaten, verhindert so die notwendigen Bilanzrestrukturierungen und führt direkt in eine massive Verschärfung der Problematik fehlender effektiver Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Der Wirtschaftspolitik drohen

dabei sehr schnell alle Instrumente zum Gegensteuern auszugehen, wie etwa die Geldpolitik derzeit erfährt.

## AUSGANGSBEDINGUNGEN FÜR EINE FORTSCHRITTLICHE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK OBJEKTIV GÜNSTIG

Neben die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung, die dadurch massiv steigenden Schuldenstände und die stark gewachsene Armut und Arbeitslosigkeit tritt nun also die Gefahr der Deflation. Fast scheint es so als wären die Kernforderungen fortschrittlicher Wirtschaftspolitik für diese Situation entwickelt worden:

- Investitionen in *soziale, ökologische* und *öffentliche* Infrastruktur, um den dringend notwendigen Nachfrageimpuls auszulösen, den gesellschaftlichen Reichtum breiter zu verteilen und die Weichen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu stellen.
- Die Transparenz über die Verteilung von Vermögen und Einkommen zu erhöhen, Steueroasen zu schließen sowie Vermögensbestände und Erbschaften zu besteuern, um den finanziellen Spielraum für sozial- und beschäftigungspolitische Aufgaben wiederzugewinnen, Demokratie und Freiheit zu in allen Lebensbereichen zu ermöglichen und eine gerechte Gesellschaft zu schaffen.
- Regulierung und Schrumpfung des Finanzsektors, um überhaupt erst die Bedingungen für eine Steuerung und Transformation und Demokratisierung der Wirtschaft zu schaffen.
- Neuregulierung der Arbeitsmärkte, die Prekarität zurückdrängt und zumindest eine verteilungsneutrale Lohnentwicklung ermöglicht.

- Weiterentwicklung und Ausbau des »europäischen« Sozialmodells, mit dem Ziel allen sozialen Schichten unabhängig von ihrer Herkunft gleichen Zugang zu essentiellen Leistungen zu ermöglichen.
- Eine Verkürzung der Lohnarbeitszeit, um Räume zu öffnen für die Beteiligung aller nicht nur an den Erfordernissen der menschlichen Reproduktion (Familien-, und Hausarbeit), sondern auch am Bereich politisch-gesellschaftlicher Teilhabe und der Weiterbildung bzw. der »Arbeit an sich selbst«.<sup>4</sup>

Denn neben der damit verbunden Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Masse, dem Einstieg in eine ökologische Lebensweise und der Verschiebung der Kräfteverhältnisse wäre eine Umsetzung dieser Kernforderungen in der Lage, jene expansiven Effekte auf die effektive Nachfrage zu generieren, welche Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Deflation wirksam bekämpfen könnten.

Die Ausgangsbedingungen für die angesprochene fortschrittliche Wirtschaftspolitik sind mittlerweile objektiv günstig. Das wird spätestens dann deutlich, wenn sich neoliberale Akteure zu partiellen Zugeständnissen veranlasst sehen: Im Juli 2014 überraschten der Chefökonom der EZB Peter Praet und der Präsident der Deutschen Bundesbank Jens Weidmann mit der Forderung nach einer dreiprozentigen Lohnerhöhung in Deutschland.<sup>5</sup> Mittelbar wird damit nichts weniger als die – durch das Schröder-Blair-Papier (1999) angestoßene – Agenda 2010 kritisiert, welche durch die Ausweitung des deutschen Niedriglohnsektors wesentlich für das Zurückbleiben deutscher Löhne verantwortlich ist und damit für eine der Ursachen der Krise in der Europäischen Union.<sup>6</sup>

## **HEGEMONIEKRISE DES NEOLIBERALISMUS – EINE NEUE KONJUNKTUR FÜR KRITISCHES DENKEN**

Auch die Fähigkeit des neoliberalen Entwicklungsmodells weite Teile der Bevölkerung zu erreichen und zu überzeugen, verblasst zunehmend. Die zentralen im Rahmen der Europäischen Union durchgesetzten neoliberalen Projekte, eine monetaristisch ausgestaltete Wirtschafts- und Währungsunion<sup>7</sup>, die Liberalisierung der Märkte einschließlich jener für Finanzprodukte und die periphere Integration von Süd- und Osteuropa, haben massiv an Ausstrahlungskraft verloren. Nach sechs Jahren Krise stellt sich die Frage, wer noch Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Europäischer Kommission und Europäischem Rat hat? Wer kann nach den Erfahrun-

gen der letzten Jahre noch davon ausgehen, dass die Kosten der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Krise verursachergerecht getragen werden? Welche Arbeitenden glauben etwa noch daran, dass die Finanzmärkte in der Lage sind eine angemessene Pensionsvorsorge zu sichern? Und wer im »Süden« oder »Osten«, der nicht zur äußert kleinen Zahl der GewinnerInnen zählt, ist noch der Überzeugung, dass sich die eigenen Lebensbedingungen durch die gegenwärtige Form der Integration in die Europäische Union verbessern werden? Die neoliberale Integrationsweise steckt in einer tiefen Hegemoniekrise – die Zustimmung zu ihr erodiert zunehmend.<sup>8</sup>

Der Erfolg von Thomas Pikettys Werk *Capital in the 21st Century* (2014) belegt dies eindrucksvoll. Er hat verschiedene Gründe. Zum ersten kommt Piketty eigentlich aus dem akademischen Zentrum der Wirtschaftswissenschaften. Sein Buch symbolisiert damit auch die Abkehr der Wirtschaftswissenschaften vom neoklassischen Fundamentalismus und die Hinwendung zu einer auf umfangreichem Datenmaterial basierenden empirischen Ökonomie, die sich mit gesellschaftlichen Problemen beschäftigt. Zum zweiten trifft das Werk Pikettys auf ein verbreitetes Unbehagen über die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen in den reichen Gesellschaften Europas. Piketty belegt wie die Vermögenskonzentration uns wieder in eine Gesellschaft einzementierter und äußert hierarchischer sozialer Strukturen des 19. Jahrhunderts zurückzuwerfen droht. Er sieht dadurch selbst die bürgerliche Demokratie gefährdet.

Gleichzeitig positionieren sich etablierte Intellektuelle immer eindeutiger gegen den Neoliberalismus in all seinen Spielarten – vom Neokonservatismus bis hin zum dritten Weg. Jürgen Habermas etwa spricht angesichts des Beschlusses des Fiskalpaktes und mit Bezug auf die geplanten Verträge für Wettbewerbsfähigkeit davon, dass diese Politik eine Aushöhlung der Demokratie in Europa zur Folge habe und sich zunehmend eine freischwebende, parlamentarisch ungebundene Exekutive herausbilde.<sup>9</sup> Eine Rückkehr zu Marx, ohne den sich die »aktuelle Entwicklung der modernen Gegenwartsgesellschaften [...] nicht auch nur annähernd verstehen« lasse, fordert gar der ehemalige Berater von Gerhard Schröder Wolfgang Streek.<sup>10</sup> Es scheint fast so, als wolle er damit Anschluss an eine Dynamik finden, die in den letzten Jahren entstanden ist: In den USA und auch in Europa lässt sich ein Comeback kritischer Gesellschaftstheorie konstatieren<sup>11</sup>. Die grundsätzlichen Widersprüche des Kapitalismus – die Ausbeutung und Verwüstung von Mensch und Umwelt durch den Zwang zur

Akkumulation – und seine Transformation und Überwindung werden seit Ausbruch der Krise wieder verstärkt thematisiert.<sup>12</sup>

## KRISE DER POLITIK

Und auch im Feld institutioneller Politik entfaltet sich die Hegemoniekrise des Neoliberalismus. Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheinen mag, belegen dies auch die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014. In »Westeuropa« strafte die Bevölkerung weitgehend jene Regierungsparteien ab, die sie für die Umsetzung der beiden Säulen der neoliberalen Krisenpolitik (Sparen bei öffentlicher Infrastruktur und Lohn- & Sozialdumping für mehr Wettbewerbsfähigkeit) verantwortlich macht. Im konservativen Lager bedeute dies etwa in Spanien, Italien und Griechenland Verluste zwischen 10 und 20%. Die an der Umsetzung der neoliberalen Krisenpolitik beteiligten Sozialdemokratien, fanden sich gar teilweise als Kleinparteien wieder, die zwischen 6 und 14% zum Liegen kamen – etwa in Finnland, Frankreich, Irland und den Niederlanden. In »Osteuropa« schlug sich die Kritik an der europäischen (Krisen-)Politik vor allem in der äußerst geringen Wahlbeteiligung nieder. Am augenfälligsten ist dieser Trend in Lettland, eines jener Länder, das als erstes zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen wurde: Die Wahlbeteiligung brach um rund 24% ein. Abseits von drei Ausnahmen ging die Wahlbeteiligung in allen »osteuropäischen« Ländern stark zurück. In Slowenien und der Tschechischen Republik betrug die Wahlbeteiligung nur noch rund 20, in der Slowakei gar nur noch 13%.

Auch der Aufstieg rechtsextremer Parteien lässt sich als Antwort auf die gegenwärtige Krise des Neoliberalismus lesen. So vertritt etwa der Front National in Frankreich nicht nur eine Politik, die MigrantInnen zu den Sündenböcken gesellschaftlicher Fehlentwicklung macht, sondern konnte auch durch die partielle Übernahme von Forderungen fortschrittlicher Wirtschaftspolitik reüssieren. Ganz in jenem Tonfall den François Hollande bis zu seiner Wahl zum französischen Präsidenten pflegte, warnt Marine Le Pen die deutsche Bundeskanzlerin vor einer Fortsetzung der Sparpolitik: »[Merkel] glaubt, man könne Politik machen gegen die Bevölkerungen.« Das werde »zur Explosion der EU führen.«<sup>13</sup> Da die Unterstützung für den Front National aber stark auf Kapitalfraktionen zurück geht, die auf den nationalen Binnenmarkt orientiert sind, erfolgt die Übernahme von nicht-neoliberalen Positionen äußerst selektiv: Während z. B. auch sozial-ökologische Schutzzölle eingefordert werden, erhebt der Front National keinerlei Forderungen im Bereich von Vermögens- und Un-

ternehmensbesteuerung, Mindestlöhnen und Arbeitsrecht.<sup>14</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass in jenen Ländern, in denen Parteien sich glaubhaft bemühen, an einer kohärenten fortschrittlicher Wirtschaftspolitik zu arbeiten und für diese einzutreten, der Zuwachs der extremen Rechten schwach blieb. Während in Spanien und Griechenland die Linke 14 bzw. 22% dazu gewinnen konnte, war der Zuwachs der Rechten gering. Das Lager der extremen Rechten in Griechenland<sup>15</sup> wuchs gerade mal um 3% an. In Spanien konnte sich abseits der Partido Popular, welche mehr als 15% verlor, keine extrem-rechte Partei neu etablieren.

## DIE BLOCKIERUNG DES ANSTEHENDEN UMBRUCHS

Dass sich die beschriebenen Umbrüche der letzten Jahre noch kaum auf die europäische Politik übertragen und bisher nicht dazu führen, dass das »Weiter wie bisher« brüchig wird, lässt sich mit den tiefen Spuren erklären, welche die neoliberale Integrationsweise in den europäischen Strukturen hinterlassen hat – Pfadabhängigkeiten von denen nur unter erheblichen Anstrengungen abgewichen werden kann.

Einen zentralen Teil der damit angesprochenen Strukturen bildet der neue Konstitutionalismus<sup>16</sup>: Seit spätestens Mitte der 1980er Jahre gelang es einem neoliberalen Reformbündnis aus Unternehmerverbänden, Finanzindustrie, EU-Kommission, den nationalen Wirtschafts- und Finanzministerien, neoliberalen Staatschefs und der Europäischen Zentralbank monetaristische und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in der Europäischen »Verfassung« zu verankern und dadurch vor ihrer Infragestellung durch Kritik und Protest zu bewahren: Die Refinanzierung von Staaten darf nur über die Finanzmärkte erfolgen, die gemeinsame Besteuerung von Unternehmen-, Kapital- und Finanztransaktion kann nur einstimmig beschlossen werden, Marktfreiheiten dürfen nicht beschränkt werden und ein rigides Set fiskalischer Regeln (insbesondere der Fiskalpakt und der Stabilitäts- und Wachstumspakt) erschwert expansive Investitionen in öffentlichen, soziale und ökologische Infrastruktur – und damit sind bei weitem noch nicht alle neoliberalen Arrangements der europäischen Verfassung aufgezählt.

Vor dem Hintergrund des wegbrechenden Konsenses hat sich der neue Konstitutionalismus autoritär transformiert: Während die angeführten neoliberalen Normen vor der Krise noch ordnungsmäßig durch Änderungen der europäischen Verträge verabschiedet wurden, erleben wir seit der Krise

Umgehung durch Völkerrecht (Fiskalpakt) und Verordnungen ohne Kompetenzgrundlage (wie mehrfach im Fall der »New Economic Governance«).<sup>17</sup>

Alle Indikatoren weisen darauf hin, dass wir in den kommenden Jahren mit einer Fortsetzung des autoritären Konstitutionalismus<sup>18</sup> rechnen müssen. Vor dem Hintergrund des Problemdrucks, der vom ökonomischen, ideologischen und politischen Feld ausgeht, lässt sich neoliberale Politik kaum noch demokratisch durchsetzen. Dementsprechend hielt der scheidende Präsident des europäischen Rates zuletzt fest, dass der weitere Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion ohne Änderung der Verträge geschehen müsse, andernfalls könnten Referenden zu unerwünschten Niederlagen und Blockaden führen.<sup>19</sup> Und auch der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker lässt keine Zweifel, dass er die »Wettbewerbsfähigkeit Europas«<sup>20</sup>, die genaue »Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes«<sup>21</sup> und »weniger Regulierung und mehr Flexibilität«<sup>22</sup> mit allen Mitteln durchsetzen möchte – notfalls auch abseits der europäischen Verfassung. Anders kann seine Forderung nach Verträgen für Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des ersten Jahres seine Amtszeit und ohne Änderung der Europäischen Verfassung nicht verstanden werden. Denn die Verfassung sieht eine Kompetenzgrundlage für Verträge über Strukturreformen (etwa im Bereich des Sozial-, Pensions- und Arbeitsrecht) im Gegenzug zu finanziellen Anreizen schlicht nicht vor.<sup>23</sup>

Die Prognose einer Fortsetzung des autoritären Konstitutionalismus erstellte auch jüngst Jürgen Habermas: Die Regierenden würden die »Schotten dicht machen«, um eine »übergreifende exekutive Macht, die sie in den Jahren der Krise auf dem Wege undemokratischer Selbstermächtigung ausgebaut haben« gegen ihre Infragestellung abzusichern.<sup>24</sup> Selbst die OECD diagnostiziert strukturelle Gründe für autokratische Tendenzen: »Das dunkle Szenario ist, dass steigende Ungleichheit zu steigender ökonomischer Instabilität und sozialem Stress führt. Das bringt mannigfaltige soziale Bewegungen hervor, [die] eine autoritäre Antwort provozieren [können], eine Ausweitung des Überwachungsstaates und die Einschränkung von Grundrechten [...]«<sup>25</sup>

## **PUNKTUELLE ZUGESTÄNDNISSE, UM DIE NEOLIBERALE INTEGRATIONSWEISE ZU ERHALTEN**


Wie die Forderungen nach einer Steigerung deutscher Löhne zeigen, zeichnen sich gleichzeitig auch punktuelle Zugeständnisse an. Um die neoliberale Integrationsweise als solche zu

erhalten, wird notfalls das Ventil geöffnet, ohne dass dadurch die neoliberale Verfasstheit in Frage gestellt wird. Ob diese Zugeständnisse dann aber jene Ausrichtung aufweisen, die von kritischen ÖkonomInnen eingefordert wird<sup>26</sup>, ist mehr als fraglich. Vielmehr sind Abweichungen von einem rigiden Sparkurs in Bereichen zu erwarten, wo durchsetzungskräftige Akteure und die Interessen zur Schaffung bzw. Sicherung von neuen Märkten zusammentreffen. So debattierten die europäischen FinanzministerInnen im Juni einen Vorschlag, der mit Hinweis auf die Krise in der Ukraine, für die Ausnahme steigender Militärausgaben aus der Defizitberechnung argumentierte. Schließlich seien mit der Zunahme militärischer Konflikte genau jene »außergewöhnlichen Umstände« erreicht, welche man laut Fiskalpakt mildernd berücksichtigen dürfe.<sup>27</sup>

## **DEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMBRUCH ORGANISIEREN**

Wenn man aber praktisch mit dem »Aberglaube brechen möchte, dass die Wahrheit sich selber Bahn breche« (Ernst Bloch), stellt sich die Frage, wie eine Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Transformation der europäischen Wirtschaft gelingen kann? Wer daran glaubt, dass sie allein durch eine Neuzusammensetzung des politischen Personals gelingen kann, ist zuletzt durch François Hollande enttäuscht worden.<sup>28</sup> Nachdem er im Jänner 2014 mit seinem »Pakt für Verantwortung«<sup>29</sup> endgültig auf die neoliberale Wettbewerbsorientierung eingeschwenkt ist, erzwang er im August den Rücktritt der Regierung, um die letzten KeynesianerInnen von Ministerämtern zu entfernen. Auslöser waren die letzten Worte Arnaud Montebourgs als Wirtschaftsminister: »Selbst, wenn die Franzosen für die französische Linke votieren, wählen sie das Programm der deutschen Rechten! Das ist inakzeptabel.«<sup>30</sup> Diese Entfernung kritischer Stimmen von Ämtern oder Mandaten ist kein Einzelfall in Europa. Vor dem Hintergrund des steigenden Problemdrucks lässt sich neoliberale Regierungspolitik, wie bereits erwähnt, zunehmend nur noch autokratisch durchsetzen.

Aus der Beobachtung der entsprechenden Prozesse lässt sich ableiten, dass über Jahre etablierte, neoliberale Pfadabhängigkeiten nur durch Druck eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses aufgebrochen werden können. Gerade weil sich Wahrheiten nicht selbst zum Durchbruch verhelfen, stehen die UnterstützerInnen einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik vor der Herausforderung, ein Mosaik<sup>31</sup> zusammenzusetzen, dass kritische Wissenschaft, soziale Bewegungen, die Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien, grenzüberschreitend zu

einem kohärenten Projekt zusammenfügt, das in der Lage ist, den autoritären Konstitutionalismus herauszufordern. Anregungen, wie sich ein solches Projekt europäisch entwickeln ließe, geben die Entwicklungen in den »südlichen« Krisenländern<sup>32</sup>, in denen viele wieder damit begonnen haben, was Max Frisch einst als das Eigentliche des Politischen ausgeben hat: »Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten zu mischen.« 

1. Stephan Lessenich/Mario Neumann/Thomas Seibert/ Andrea Ypsilanti, Anders regieren? – Von einem Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt (2014).
2. Alex Demirović/Thomas Sablowski, Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, in Roland Atzmüller/Joachim Becker/Ulrich Brand/Lukas Oberndorfer/Vanessa Redak/ Thomas Sablowski (Hg.), Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie (2013) 187ff.
3. Thorsten Schulten/Torsten Müller, Ein neuer europäischer Interventionismus? – Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, Wirtschaft und Gesellschaft, 2013, 291; Phillip Heimberger, »Innere Abwertung« in Südeuropa: Erwartungen, Ergebnisse und Folgen, Wirtschaft und Gesellschaft 2014, 235.
4. Frigga Haug, Die Vier-in-einem-Perspektive – Politik von Frauen für eine neue Linke (2008)
5. Philip Pickert/Dietrich Creutzburg, Bundesbank-Chef für 3 Prozent Lohnanstieg, FAZ v. 30.7.2014.
6. Steffen Lehndorff, Der eingebilddete Gesunde – Die neue Karriere des »Modells Deutschland«, in Steffen Lehndorff (Hg.), Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisted (2014) 131ff.
7. Ingo Stützle, Austerität als politisches Projekt – Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise (2013).
8. Siehe dazu ausführlich Lukas Oberndorfer, Die Renaissance des autoritären Liberalismus? – Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus vor dem Hintergrund des Eintritts der »Massen« in die europäische Politik, PROKLA 2012, 413; online unter: <http://bit.ly/172oYlz>.
9. Jürgen Habermas, Im Sog der Technokratie – Ein Plädoyer für europäische Solidarität, in Jürgen Habermas (Hg.), Im Sog der Technokratie (2013) 89f.
10. Wolfgang Streek, Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus (2013) 18.; ders., How will Capitalism end?, New Left Review 2014, 35.
11. Robert Misik, Lasst es uns mit Marx versuchen, taz v 8.8.2014.
12. Ulrich Brand, Das bornierte Streben nach Profit, FAZ v 28.7.2014.
13. Le Pen warnt Merkel vor »Explosion der EU«, Handelsblatt v. 1.6.2014.
14. Bernhard Schmid, Wirtschaftskrise und extreme Recht – Wie der Front National versucht von Verwerfungerscheinungen der Krise zu profitieren, trend-onlinezeitung 1/12, <http://www.trend.infopartisan.net/trdo112/420112.html> (29.08.2014).
15. Zwar erzielte die Goldene Morgenröte 9,3% und gewann damit 8,8% dazu, gleichzeitig verlor die rechtsextreme LAOS jedoch mehr als 5% und hält nun bei 2,7%.
16. Stephen Gill, European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, New Political Economy 1998, 5.
17. Siehe dazu ausführlich Lukas Oberndorfer, From New Constitutionalism to Authoritarian Constitutionalism: New Economic Governance And the State of European Democracy, in Jäger/Springler, Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives (im Erscheinen).
18. Lukas Oberndorfer, Vom neuen, über den autoritären zum progressiven Konstitutionalismus? – Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie, juridikum 2013, 76; online unter <http://bit.ly/156xQso>.
19. Eric Bonse, Der neue Eliten-Konsens <http://lostineu.eu/der-neue-gefuehrliche-konsens/> (29.8.2014).
20. Juncker, Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission, 15. Juli 2014, S. 3.
21. Ebd. S. 4.
22. Ebd. S. 4.
23. Lukas Oberndorfer, Will The Juncker Commission Continue To Entrench Neoliberal Policies?, <http://www.social-europe.eu/2014/10/juncker-commission/> (23.10.2014).

**MARKUS MARTERBAUER** ist Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaften, **LUKAS OBERNDORFER** Mitarbeiter der Abteilung EU&Internationales in der Arbeiterkammer Wien.  
Beide bloggen regelmäßig für <http://blog.arbeit-wirtschaft.at>.  
Dieser Beitrag erscheint auch in infobrief eu & international 4/2014



24. Jürgen Habermas, Europa wird direkt ins Herz getroffen, FAZ v 29.5.2014.
25. Lars Osberg, Can Increasing Inequality be a Steady State? OECD Statistics Working Papers 2014/01 (2014) 35; Übersetzung durch die Autoren.
26. Markus Marterbauer, Skizze einer ökonomisch vernünftigen Budgetpolitik, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/oekonomisch-vernuenftige-budgetpolitik> (29.8.2014)
27. Hohe Militärausgaben – EU-Staaten planen neuen Anschlag auf Stabilitätspakt, Spiegel-Online v. 27.Juni 2014 (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-staaten-wollen-defizitregeln-des-stabilitaetspakts-aushebeln-a-977790.html>)
28. Insofern ist auch der Retrospektive von Paul Krugman zu widersprechen, dass Hollande ohne breite gesellschaftliche Bewegung der »Leader« hätte sein können, der Europa vom Sparkurs abbringt. Sie dazu Paul Krugman, The Fall of France, The New York Times v 28.8.2014.
29. Georg Feigl/Sepp Zuckerstätter, Wettbewerbs(des)orientierung, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 117.
30. Rudolf Balmer, Frankreich: Die provozierte Regierungskrise, Die Presse v. 25.8.2014.
31. Hans-Jürgen Urban, Stillstand im Merkeland: Wo bleibt die Mosaik-Linke, Blätter für deutsche und internationale Politik 2014, 73.
32. Mario Candeias/Eva Völpel, Plätze sichern! – Re-Organisation der Linken in der Krise – Über Occupy, Indignados, Syntagma und die Lernfähigkeit des Mosaiks (2013).

# Die theoretische Nationalökonomie versagt an der Praxis

**Thomas Nowotny legt** in seinem Beitrag dar, warum es angebracht wäre, in Europa der Politik wieder Vorrang vor der Wirtschaft einzuräumen.

**S**ein einflussreiches Buch über die »General Theory of Employment, Interest and Money« schließt der große Ökonom John Maynard Keynes mit einer Betrachtung über den Einfluss von Gesellschaftstheorien auf das tatsächliche menschliche Verhalten: »Jeder, der politisch handelt, muss diesen seinen Handlungen notwendigerweise Überlegungen darüber zu Grunde legen, auf welche Weise und mit welchem Erfolg diese Handlungen wirken. Selbst wenn es dem Betreffenden nicht bewusst ist, stützt er sich dabei auf Vorstellungen, die irgendwelche Denker, Philosophen oder eben auch Ökonomen schon vorher entwickelt und in die Öffentliche Meinung eingefiltert haben.«

Man wird schwer argumentieren können, dass dem nicht so wäre und dass es keine solchen Einflüsterungen gibt. Aber dennoch dürfte der Ökonom J. M. Keynes die Wirkung von Theorien da etwas überschätzen. Menschen werden eben – bewusst oder unbewusst – nicht bloß von abstrakten Theorien geleitet, sondern daneben und hauptsächlich von in einem evolutionären Prozess angesammelten und geläuterten, teils genetisch, teils kulturell vermittelten Wissen, welches – der Natur eines evolutionären Prozesses entsprechend – immer wieder hinterfragt, und den letzten Erfahrungen gemäß neu geordnet und ergänzt wird.

So stellt sich also die Frage, ob sich da zwischen den in Binnenkreisen von akademischen Insidern erstarrten Theorien und den praktischen, in einem evolutionären Prozess gewonnen Erfahrungen, nicht oft eine gefährliche Kluft geweitet hat, so dass die Theorie einen Lernprozess nicht vorantreibt sondern blockiert.

Ich habe vor einigen Jahren versucht, diese Frage an Hand einer für die tatsächliche Wirtschaftspolitik bedeutsamen the-

oretischen Vorgabe zu untersuchen<sup>1</sup>. Dieser Theorie zu Folge gäbe es so etwas wie eine »NAIRU«. Das Kürzel steht für die behauptete Existenz einer »Non Accelerating Inflationary Rate of Unemployment«. Würde die Arbeitslosigkeit unter diese – für jeden Staat spezifische – NAIRU-Marke abgeleitet, dann würde dort Inflation angeheizt; und zwar in einem sich laufend verstärkenden Ausmaß. Soll das vermieden werden, dann müsse die gesamtwirtschaftliche Nachfrage so gesteuert werden, dass Arbeitslosigkeit nie unter diese NAIRU-Marke sinkt.

Gibt es aber tatsächlich einen solchen von der Theorie behaupteten Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit? Nicht dann, wenn man das mit einer einfachen Korrelation prüft. Ihr zu Folge war in einigen Staaten die Inflation niedrig, aber ebenso auch die Arbeitslosigkeit. In anderen Staaten gab es hohe Inflation, aber gleichzeitig auch eine hohe Arbeitslosigkeit.

## ARBEITSLOSIGKEIT

Nun kann man einwenden, dass einfache Korrelationen dem vollen Gehalt der Theorie nur unzureichend entsprechen. Zu untersuchen wäre vielmehr die dynamische Entwicklung der beiden Zahlenreihen; also die Zu- oder Abnahme von Arbeitslosigkeit; und das An- oder Abschwelen von Inflation. Auch müsse man die beiden Reihen als zueinander zeitverschoben analysieren; mit der »unabhängigen Variablen« Arbeitslosigkeit, der die von ihr »abhängige Variable« Inflation nur mit einiger Zeitverzögerung folgt.

Solche, komplexeren Analysen mögen vielleicht ein anderes Bild ergeben als eine simple Korrelation. Dennoch könnten auch sie den behaupteten direkten kausalen Zusammenhang von Inflation und Arbeitslosigkeit nicht verifizieren. Sie können nicht erklären, weshalb sich innert kurzer Zeit in ein

und demselben Land die NAIRU-Marke stark verschiebt; und sie können nicht erklären, weshalb selbst zwischen wirtschaftlich sehr ähnlichen Staaten diese NAIRU-Marke sehr unterschiedlich sein kann.

Überhaupt sind Zweifel über das gesamte dem NAIRU zu Grunde liegende Konzept angebracht. Zwar gibt es gewiss einen Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Arbeitslosigkeit: Das zeigt sich ja auch in der jetzigen europäischen Wirtschaftskrise, die großteils durch die Schwäche dieser Nachfrage verursacht ist. Aber ebenso gewiss taugt NAIRU nicht als Messlatte für eine optimale Steuerung dieser Nachfrage.

## VOLLBESCHÄFTIGUNG

Ich muss da weiter ausholen und erklären, weshalb ich mich an dieser Frage festkralle. Das geht auf ein Erlebnis während meiner Arbeit bei der OECD zurück. Ich wurde da Zeuge einer Diskussion in der sogenannten Gruppe 24, bei der ein amerikanischer und eine deutscher Experte darüber diskutierten, ob in Deutschland die NAIRU bei einer Arbeitslosigkeit von 7 Prozent anzusetzen sei; oder ob es nicht doch besser sei, das Optimum bei einer Arbeitslosigkeit von 9 Prozent zu finden. Ich bin nun durch das Aufwachsen in der Nachkriegszeit und durch meine Tätigkeit bei Bundeskanzler Kreisky dahin sozialisiert worden, dass Vollbeschäftigung das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik zu sein hat.

Die erwähnte Diskussion in der OECD hat mir nun gezeigt, dass diese Priorität zumindest in zwei der wirtschaftlich wichtigsten Staaten nicht mehr gegeben ist; und dass man, gestützt auf eine windige Theorie, den Preis von Hunderttausenden an Arbeitslosen gerne für eine als optimal betrachtete Wirtschaftspolitik bezahlt; ja, dass man bereit ist, dieses Optimum einer Politik daran zum messen, ob die Arbeitslosigkeit genügend hoch ist.

Nun gibt es natürlich so etwas wie eine Sockelarbeitslosigkeit, die in Tat auch dann nicht geringer wird, wenn man die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aufbläht. Aber Sockelarbeitslosigkeit und NAIRU sind unterschiedliche Konzepte. Wie hoch die echte Sockelarbeitslosigkeit ist, das lässt sich nicht aus dem Vergleich zwischen Schwankungen in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und den Schwankungen in der Arbeitslosenrate feststellen. Das muss man durch repräsentative Erhebungen bei Arbeitnehmern und Unternehmen herausfinden; durch Untersuchungen über Verschiebungen auf

dem Arbeitsmarkt; durch Ländervergleiche und historische Zeitreihen etc; also durch Methoden, welche die Lage sozusagen »von unten her« erkunden.

Ziemlich sicher kann man jedenfalls ausschließen kann, dass in den Neunzigerjahren, als ich bei der OECD arbeitete, diese Sockelarbeitslosigkeit in Deutschland sieben, oder gar neun Prozent betragen hat. Wenn in dieser Zeit die deutsche Arbeitslosigkeit so hoch war und damit ziemlich über der vermuteten Sockelarbeitslosigkeit lag, dann kann dafür vieles die Ursache sein: falsche wirtschaftspolitische politische Entscheidungen; die Spätfolgen der deutschen Wiedervereinigung; eine fehlgeleitete Bildungs- und Ausbildungspolitik; eine wachsende Ungleichheit der Einkommen; das Entstehen spekulativer Blasen etc.

Das sind allesamt Dinge, die geändert werden können. Dort wo eine geänderte Politik und alternative Entscheidungen auch eine andere, höhere oder niedrigere Arbeitslosigkeit zur Folge hätten, dort lässt sich Höhe der jeweils bestehenden Arbeitslosigkeit auch nicht zu einer schicksalhaft-ehernen NAIRU umdefinieren.

Das Konzept des NAIRU ist deshalb bedeutsam, weil es wie erwähnt, durch lange Zeit die staatliche Wirtschaftspolitik beeinflusst hat. Verhüllt hinter der Maske des für die nunmehrige Wirtschaftspolitik maßgeblichen Leitbildes vom »optimalen potentialen Output und optimalen Wachstumspfad« sind die NAIRU zu Grunde liegenden theoretischen Konzepte aber auch heute noch wirksam. Es gilt weiterhin, dass selbst eine relativ hohe Arbeitslosigkeit als Faktor einer jeweils optimalen Wirtschaftspolitik akzeptiert wird. In Spanien etwa sollte jetzt bei einer optimalen Wirtschaftspolitik und bei einer Entwicklung entlang eines optimalen Wachstumspfades die Arbeitslosigkeit jedenfalls die Marke von zehn Prozent überschreiten.

Bei näherem Betrachten enthüllt sich so hinter dem Konzept des NAIRU auch dessen ideologischer, ja klassenkämpferischer Charakter. Wenn man schon – wie ich meine irriger Weise – davon ausgeht, dass sich die Rate von Inflation und die Rate der Arbeitslosigkeit gegenseitig bedingen, wenn man schon an diesem, wie ich meine durch Erfahrung widerlegten Konzept festhält, warum hat man dann nicht versucht, dieses Konzept sozusagen auf den Kopf zu stellen; die Arbeitslosigkeit zur unabhängigen, und die Inflation zur abhängigen Variablen zu machen; und eine niedrige Arbeitslosigkeit durch eine Manipulation der Inflationsrate anzupeilen?

Wem hat es genützt, wenn einer möglichst niedrigen Inflationsrate Vorrang vor Vollbeschäftigung eingeräumt wurde? Wem hat es genützt, wenn man höhere Lohnabschlüsse als hauptsächliche, oder fast alleinige Treiber von Inflation anprangert und empfiehlt, solche höheren Abschlüsse durch ein Absenken der Nachfrage zu unterbinden?

Als Nicht-Ökonom nähere ich mich weit komplexeren theoretischen Modellen mit der nötigen Demut. Ich kenne nicht sämtliche Annahmen, Beziehungen und Funktionen, die in dem von Nationalbanken und auch von der Europäischen Zentralbank verwendeten »Dynamic Stochastic General Equilibrium Model« zusammengefasst sind. Meine am Beispiel der NAIKU genährte Skepsis veranlasst mich dennoch, dazu einige Fragen aufzuwerfen<sup>2</sup>.

Ich gehe dabei davon aus, dass auch in diesem komplexen Modell eine Saldenmechanik zum Ausdruck kommt. Eine zusätzliche Geldmenge würde demnach – und wenn sie die Wirtschaft nicht über einen angeblich natürlichen Wachstumspfad hinaus aufbläht – ein zusätzliches Angebot schaffen. Sehen wir vorerst davon ab zu hinterfragen, wie man denn genau den Verlauf eines solchen natürlichen, optimalen Pfades bestimmen könnte. Nehmen wir an, dass die zusätzliche Geldmenge die Grenzen dieses – wie immer bestimmten – imaginären Pfades nicht sprengt; so ist dann dennoch keineswegs vorgegeben, dass zusätzliches Geld nur in zusätzliche Investitionen oder in zusätzlichen Konsum fließen muss. Das war auch vor der jetzigen Welt-Finanz- und Wirtschaftskrise nicht der Fall. Auch da hat das zusätzliche Geld künstlich aufgeblähte »Blasen« geschaffen, denen in der wirklichen Wirtschaft nichts entsprochen hat.

Mir ist bewusst, dass sich Wirtschaftstheoretiker, auch angefeuert durch diese Welt-Finanzkrise, zunehmend mit der durch solche Blasen geschaffenen Dynamik auseinandersetzen. Ich frage mich allerdings, in welchem Ausmaß ihre Erkenntnisse auch in das von Zentralbanken und Regierungen verwendete »Dynamic Stochastic General Equilibrium Model« einfließen.

Recht kärglich und wirtschaftspolitisch problematisch sind auch andere von der theoretischen Nationalökonomie gelieferte Antworten auf viele wichtige Fragen und politische Probleme. Welche konkreten Anleitungen bietet die Große Theorie zum Beispiel zur Bewältigung der griechischen Wirtschaftskrise? Gemessen an ihren früheren, laufen-

den Leistungsbilanz-Defiziten war die griechische Wirtschaft schon seit längerem international nicht konkurrenzfähig. Als die Krise dann losbrach und als sich damit die Unhaltbarkeit dieses Ungleichgewichtes manifestiert hatte, wurde Griechenland zur Heilung dieser Schwäche, der Theorie entsprechend, eine »innere Abwertung« verordnet. Sie sollte dieselbe Wirkung entfalten wie eine »äußere Abwertung« der Heimatwährung – eine Option, die Griechenland als Mitglied der Euro -Gruppe nicht länger offen steht. Das Griechenland von der Theorie her verordnete Rezept der »Inneren Abwertung« geht nun davon aus, dass der »exponierte Sektor« der griechischen Wirtschaft, also der Sektor der im Konkurrenzdruck des Außenhandels bestehen muss, alleine infolge der durch die »innere Abwertung« bedingten Preissenkung wieder konkurrenzfähig wird.

Die Konkurrenzfähigkeit ist jedoch nicht bloß durch die relative Höhe der Preise von griechischen Exportgütern bedingt, sondern in viel höherem Maße davon, welche Güter Griechenland auf dem internationalen Markt anbieten kann. Das ist nun aber kein makroökonomisches Problem<sup>3</sup> der Sorte, mit der sich die Wirtschaftstheorie am liebsten auseinandersetzt, denn zu solchen bloß »strukturellen« Problemen weiß sie nicht viel zu sagen; und das, obwohl diese strukturellen Fragen die offensichtlich zentralen sind, und sich nicht darin erschöpfen, wie hoch oder niedrig der Anteil des Staates am Nationalprodukt ist.

### GERINGER ERKLÄRUNGSWERT

Warum entwickeln sich einige Staaten, während andere in Armut verharren? Warum wurde aus Südkorea ein reicher Industriestaat, während das, in den Sechzigerjahren noch gleich arme Ghana weit hinter her hinkt? Natürlich haben sich die Ökonomen dazu Gedanken gemacht. Damit beschäftigt sich sogar ein eigener Zweig der Nationalökonomie – die sogenannten »development economics«. Aber so man dabei nicht auf soziologische oder politologische Argumente zurückgreift, so haben die verbleibenden, rein ökonomischen Argumente relativ geringen Erklärungswert<sup>4</sup>.

Uns in Europa drückt der Schuh allerdings am anderen Fuß. Es geht hier nicht darum, wirtschaftliche Entwicklung erst einmal in Gang zu setzen. In Europa muss man eine Antwort darauf finden, was man in wirtschaftlich schon sehr hoch entwickelten Staaten tun müsste, um anstehender Probleme Herr zu werden; wie etwa dem Problem eines Auseinanderklaffens der Einkommen einer verhältnismäßig kleinen

2. So habe ich auch nicht genug Detailkenntnisse, die es mir erlauben würden Robert Solow (2010) zuzustimmen, der erklärt hatte »the claim that this theory (the Dynamic General Stochastic Equilibrium Theory) is founded in what we know about macroeconomic behavior is phony«; oder der Meinung des ehemaligen Chefökonomers der EBRD, Willem Buiter, der die Theorie als a »privately and socially costly waste of resources« gezeigelt hatte.

Schicht von hoch ausgebildeten Gut-Verdienern, und der weit größeren Masse von wenig oder schlecht qualifizierten Arbeitnehmern. Offen und unbeantwortet bleibt die Frage, ob in den reichen Staaten infolge der dort weiter steigenden Produktivität nicht allmählich »die Arbeit ausgeht«; und – wenn dem so wäre – wie man das daraus entstehende Dilemma lösen könnte.

Das also ist ein Plädoyer dafür, der Politik wieder Vorrang zu geben und durch sie wieder jene Ziele zu setzen, denen die Wirtschaft zu dienen hat; statt umgekehrt, die Politik zum Diener der Wirtschaft zu entmündigen, und sich die dabei einzusetzenden Maßnahmen von Theorien vorschreiben zu lassen, obwohl viele dieser Theorien das tatsächliche Verhalten der Wirtschaft nicht abbilden und erklären können.

Diese Forderung nach dem Vorrang von Politik vor der Wirtschaft hat schon immer politisch und ideologisch polarisiert. Das deshalb, weil die Polarisation durch unterschiedliche und miteinander nicht vereinbare Menschen- und Gesellschaftsbilder bedingt ist.

Schwerpunktmäßig steht die Nationalökonomie dabei auf der einen Seite. Ihrer Entstehungsgeschichte entsprechend, und wie in ihren mathematischen Modellen nachgebildet, sind ihre Erklärungsmuster mechanistisch. Sie bauen auf der Annahme eines frei seinen persönlichen Nutzen maximierenden Individuums, wobei die Mechanik der Ökonomie sodann von der Aggregation dieser individuellen Entscheidungen bestimmt wäre; und schließlich in einem »Pareto Optimum« enden müsste – einem Zustand optimaler Zufriedenheit, dem Politik nur abträglich wäre, wollte sie versuchen, diese Mechanik durch Eingriffe willkürlich zu stören.

## GESELLSCHAFT?

Gewiss – ganz so einseitig und einäugig ist die moderne Ökonomie nun wohl doch nicht. Sie hat gelernt, Abstriche vom Idealbild zu machen. Sie integriert Erkenntnisse über Marktversagen, über negative Externalitäten, über Asymmetrien, über die Probleme kollektiver Entscheidungen; ja sogar über die Funktionalität politischer Institutionen. Aber damit feilt sie doch nur an der Oberfläche ihrer im Grunde unveränderten Annahmen über Mensch und Gesellschaft. Im Grunde solidarisiert sie sich letztlich doch mit der Auffassung Margret Thatchers, die meinte, dass es eine Gesellschaft als solche gar nicht gibt (»there is no such thing as society«), sondern eben nur die nebeneinanderstehenden Individuen.


3. Strukturelle Probleme lassen sich wohl besser in einer expandierenden Wirtschaft lösen; kaum aber in einer schrumpfenden, in der es nur wenig Neu-Investitionen gibt.

4. Rostows auf einem einfachen makroökonomischen Modell aufbauende Theorie etwa, der zufolge es lediglich an Kapital mangeln würde, so dass man die Probleme der Unterentwicklung durch Akkumulation oder Zufuhr von Kapital beseitigen könnte – diese Sichtweise hat sich als irreführend entpuppt.

Damit aber stellt sie sich im Gegensatz zu dem, was wir heute über die Entwicklung der Gattung »Mensch« wissen. Wären Menschen tatsächlich und so wie von der Wirtschaftstheorie vermutet, die selbstsüchtigen Einzelgänger, dann würde die Spezies Homo auch noch heute halbnackt die Savanne nach Beute durchstreifen. Alles was uns seither darüber hinausgeführt hat – Sprache, Ackerbau, die Schrift, Verstädterung und Industrie, Wissenschaft und Technologie, Recht und Staat –, all das entstand auf Grund der menschlichen Fähigkeit zu Empathie und Gruppenbindung; das entstand deshalb, weil Menschen als Herdentiere nur in Gruppen gedeihen und sich fortentwickeln konnten; deshalb weil es eben, und entgegen der Ansicht von Margret Thatcher, doch so etwas wie Gesellschaft gibt, und diese dem Individuum überhaupt erst einmal die Voraussetzungen für seine Existenz schafft.

## GESELLSCHAFT!!

Jenen, denen dieser Rückgriff auf die Evolution der Spezies »Mensch« in eine Diskussion über Nationalökonomie deplaziert erscheint, für solche stehen aber auch die jüngsten Erkenntnisse der »empirischen Ökonomie« bereit. Diese Sparte der Ökonomie untersucht, wie Menschen sich tatsächlich verhalten, wenn sie wirtschaftliche Entscheidungen treffen. Die Experimente zeigen nun, dass viele dieser Entscheidungen weniger durch den Wunsch nach der Maximierung eines eng verstandenen Eigennutzen motiviert sind; sondern in viel stärkerem Ausmaß durch gesellschaftliche Normen und überhaupt durch das »Eingebettet Sein« in eine Gruppe.

Wenn man also den Vorrang des Politischen vor dem Wirtschaftlichen fordert, so bürstet man damit nicht entgegen den Gesetzen einer unveränderbar selbstischen menschlichen Natur. Man rückt die Prioritäten vielmehr wieder zurecht, und setzt sie dort, wo sie schon immer dem Fortschritt und Gedeihen der Spezies Mensch gedient haben. 

## THOMAS NOWOTNY

ist Jurist und war jahrzehntelang im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig. Von 1970–1975 war er Sekretär im Kabinett von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1983–1993 Leiter der Grundsatzabteilung des Außenministeriums, danach bei der OECD in Paris und in vielen anderen Funktionen tätig. Im »Ruhestand« lehrt er »Internationale Beziehungen« an der Universität Wien. Grundlage des Textes ist ein Beitrag zur Festschrift für Ewald Nowotny anlässlich seines 70. Geburtstags.

# WIEN IM ERSTEN WELTKRIEG

WIEN MUSEUM



**Rote Kreuz-Woche:**  
**Sanitätshunde im Dienste des Roten Kreuzes.**

Rote Kreuz-Woche: Sanitätshunde im Dienste des Roten Kreuzes, 1916  
Postkartenverlag »Bediene Dich selbst«, © Wien Museum



Vereinsreservespital Nr. 2 im Gebäude der Gartenbaugesellschaft, um 1915  
Fotografie, © Wien Museum

# Sozialdemokratische Orientierungs- und Existenzfragen

**Die personellen Änderungen** im öVP-Regierungsteam haben in Teilen der SPÖ neue Zuversicht über die Perspektiven einer Großen Koalition ausgelöst. Während nach den letzten Nationalratswahlen auch Stimmen für Rot-Blau laut wurden, sinnierte Herbert Hönigsberger in ZUKUNFT 06/2014 über die mögliche Einbeziehung der NEOS in sozialdemokratische Bündnisüberlegungen. Mitglieder der ZUKUNFT-Redaktion nehmen den anstehenden Bundesparteitag zum Anlass, diese Debatte aufzugreifen. Allen Bündnisfragen voranzustellen sei, den eigenen Kurs klar zu bestimmen – Antworten auf strategische Bündnisfragen seien dann deutlich leichter und weniger beliebig.

**S**eit September erlebt die Republik den dritten großkoalitionären Neustart in kaum acht Jahren. Wie immer soll nun die Zeit des »Streits« wieder vorbei sein, das »Gemeinsame« betont und die Leistungen der Bundesregierung bei der, europaweit überdurchschnittlich erfolgreichen, Krisenbearbeitung herausgestrichen werden. Nach der »diesmal aber wirklich ganz großen« Verwaltungsreform der Regierung Faymann/Pröll, dem »projektorientierten« Arbeiten mit »verbindlichen Zeitplänen« der Regierung Faymann/Spindelegger ist nun die Steuerreform das große Leitthema der Regierung Faymann/Mitterlehner. Immerhin: Im Unterschied zur eierlegenden Wollmilchsau »Große Verwaltungsreform« dürfte eine Steuerreform tatsächlich stattfinden, v.a. auch aufgrund des starken Drucks der Gewerkschaften.

Die öVP vollzieht unter ihrem neuen Obmann insofern eine Neupositionierung, als Mitterlehner offenbar mit der Strategie seines Vorgängers brechen möchte, die öVP als verstaubte Partei »der Wenigen, nicht der Vielen« in Szene zu setzen. Doch es wäre vermessen zu meinen, ein politisch weniger selbstmörderisches Auftreten der Volkspartei und ein neues Gesicht im Finanzministerium würden das Imageproblem der Regierung und der darin vertretenen Parteien quasi von selbst lösen.

## SCHWIERIGE RAHMENBEDINGUNGEN

Denn die Rahmenbedingungen bleiben schwierig. Von einer Überwindung der europäischen Wirtschaftskrise kann auch nach bald sieben Jahren keine Rede sein, im Gegen-

teil: Konjunkturprognosen werden wieder einmal nach unten korrigiert, die Sorge vor einer europaweiten Deflation hat mittlerweile selbst die Europäische Zentralbank erfasst. Die Folgen des Fiskalpakts erreichen nun auch die österreichische Tagespolitik. Statt sich mit Maßnahmen zur Konjunkturbelebung und einer die Steuerlasten zwischen Österreichs Vermögensbesitzern und den BezieherInnen von Arbeitseinkommen verschiebenden Reform des Abgabewesens zu befassen, ist die Regierung damit beschäftigt, »blaue Briefe« aus Brüssel zu beantworten, Sparmaßnahmen zu überlegen und den Budgetvollzug möglichst restriktiv zu gestalten.

Statt mit dringend notwendigen öffentlichen Investitionen in das Bildungssystem und Infrastruktur die Konjunktur zu beleben, müssen Länder und Gemeinden an Privatisierungsmodellen in Form von »Public Private Partnerships« basteln, um trotz der künstlich angespannten Budgetlage überhaupt Investitionen durchführen zu können. Und obwohl in vielen Bereichen – von der Bildung über den Wohnbau bis hin zum Arbeitsmarkt – die Maßnahmen weit hinter dem zurückbleiben, was erforderlich wäre oder die Probleme einfach ignoriert werden, liegt der Fokus der Debatte vornehmlich auf der angeblich mangelnden Solidität der Staatsfinanzen.

## ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT

So bedeutsam es ist, die Rahmenbedingungen der politischen Ausgangslage zu bestimmen, so wenig kann sich die Sozialdemokratie weiterhin den Luxus leisten, die Verantwortung für ihre schwierige politische Situation zu externalisieren, wie sie es seit Jahren mit Hingabe tut. Sinkende Wahlbeteili-



gung, schlechte Wahlergebnisse? Schuld sind Veränderungen des Parteiensystems, nachlassende Bindungen zu Milieus, das Fehlen eines Mehrheitswahlrechts oder überhaupt die Globalisierung. Unzufriedenheit mit der Regierung und mangelnder Durchsetzungskraft? Schuld sind die Blockaden des Koalitionspartners, das Nörgeln der eigenen FunktionärInnen, die Lust der Medien an negativen Schlagzeilen. Steigende Arbeitslosigkeit, Unsicherheit bei Jobs und Einkommen? Schuld sind eine anonyme »Krise« in Europa, ungerechte Berechnungsmethoden der Kommission, die Undankbarkeit der WählerInnen, die die Sozialdemokratie nicht automatisch als Alternative zum gescheiterten neoliberalen Projekt erkennen wollen. Und außerdem: Im Vergleich sind wir immer noch Spitze.

Viele der externen Erklärungen enthalten ein Körnchen Wahrheit, aber letztlich drücken wir uns vor einem unangenehmen Befund: Dass es die Verkörperung der bestenfalls wohlmeinenden Hilflosigkeit ist, die die Sozialdemokratie in Europa seit Beginn der Krise lähmt und ihr die breite Unterstützung der WählerInnen an den Urnen verwehrt. Dass es nicht der Mangel an Machtoptionen ist, der sie an der Umsetzung ihres Programms hindert, sondern der Mangel eines klaren alternativen Programms, der sie von der Macht fernhält. Und dass es an Entschlossenheit fehlt, rhetorische Bekenntnisse konsequent umzusetzen, was wiederum weitere Glaubwürdigkeit kostet.

Die Sozialdemokratie scheitert derzeit nicht an mangelnden Mehrheiten, um ihren alternativen Kurs in Europa durchzusetzen, sie scheitert daran, diesen Kurs nachvollziehbar zu formulieren und um Zustimmung dafür zu werben. Das ist am offenkundigsten in den Ländern des Südens, in denen sozialistische Regierungen die Austeritätspolitik einleiteten, bevor der Volkszorn sie von der Macht fegte. Aber auch in vielen wichtigen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien scheinen AkteurInnen Kurt Tucholskys böses Diktum, die Sozialdemokratie solle sich besser »Partei des kleineren Übels« nennen, geradezu als Leitmaxime verinnerlicht zu haben. Ende August ließ etwa Chuka Umunna, Schatten-Wirtschaftsminister der britischen Labour Party und »rising star« des blairistischen Flügels mit einer tiefeschürfenden Erklärung für Labours, trotz der fragwürdigen Regierungsbilanz von David Cameron, anhaltendes Vertrauensproblem aufhören: Gordon Brown habe im Wahlkampf 2010 die WählerInnen aufgefordert, zwischen »Labour investment« und »Tory cuts« zu wählen, obwohl es zu massiven Ausgabenkürzungen

habe kommen müssen. Richtigerweise hätte Brown die WählerInnen aber vor die Wahl zwischen »Labour cuts« und »Tory cuts«<sup>1</sup> stellen müssen, um das Vertrauen zu erhalten. Diesen Fehler dürfe Labour 2015 nicht wiederholen.

Hin- und hergerissen zwischen den eigenen Wahlversprechen und den durch Fiskalpakt und der deutschen Exportorientierung geschaffenen »Sachzwängen« taumeln auch die französischen SozialistInnen Richtung Abgrund. Nachdem sich mit dem »Pakt der Verantwortung« von Präsident Hollande zu Beginn des Jahres ein Kurswechsel Richtung Angebotspolitik ankündigte, wurden im Sommer die VertreterInnen des linken Flügels aus der Regierung entfernt (vgl. ZUKUNFT 09/2014). Sie hatten in konzertierten Interviews die ungebrochene Dominanz der deutschen Konservativen in Europas und damit auch Frankreichs Wirtschaftspolitik kritisiert.

Nicht das Brechen der wichtigsten Wahlversprechen ist seither für Premierminister Valls die Erklärung für die desastriöse Situation der Parti Socialiste, sondern der von ihm erst so richtig auf die Spitze getriebene innerparteiliche Konflikt. Und so ist die von ihm in der vorletzten Oktoberwoche aufgebrachte Lösung nur konsequent: Die Auflösung der eigenen Partei und die Schaffung einer neuen Mitte-Links-Bewegung.<sup>2</sup> Dabei hat er offenkundig das Vorbild des italienischen Partito Democratico und seines medial gefeierten Regierungschefs Matteo Renzi vor Augen. Berauscht an der eigenen Rhetorik von der Erneuerung Italiens und dem scheinbar ideologiefreien Pragmatismus setzt dieser seine »Reformen«, etwa die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, auch gegen Massenproteste der Gewerkschaften durch.

## WETTBEWERBSLOGIK

Dabei ist sowohl Hollande als auch Valls und Renzi durchaus zuzugestehen, dass angesichts des europäischen Austeritätskurses und im Rahmen der herrschenden Wettbewerbslogik die eingeschlagenen angebotsseitigen Maßnahmen durchaus nachvollziehbar scheinen. Sofern sich an Deutschlands Position nichts ändert und eine nachfrageseitige Belebung der europäischen Wirtschaft nicht zu erwarten ist, ist die nationale Wettbewerbsposition primär zu Lasten der ArbeitnehmerInnen verbesserbar. Dass dies Europas Krise nicht löst, sondern sie prolongiert, scheint aber selbst Valls klar zu sein: Bei einem Arbeitsbesuch in Deutschland appellierte er fast schon flehentlich an Deutschlands Regierung, die in Frankreich geplanten Sparmaßnahmen durch deutsche öffentliche Investitionen gesamteuropäisch zu kompensieren: 50 Milliarden

französische Einsparungen gegen 50 Milliarden deutsche Investitionen. Der Appell verhallte ungehört.

## DER KAMPF UM DIE EIGENE EXISTENZ

Diese politischen und organisatorischen Entwicklungen in Frankreich (die sich in Italien schon länger vollzogen haben), haben eine gesamteuropäisch besorgniserregende Dimension: Wenn die Sozialdemokratie als organisatorische Kraft den eigenen Regierungen als leere, austauschbare Hülle verzichtbar erscheint, warum sollten dann ausgerechnet die WählerInnen in ihr die unverwechselbare Alternative zu den großen wirtschaftlichen, sozialen und demokratiepolitischen Problemen der kapitalistischen und neoliberalen Krise erblicken?

Es ist wohl auch der österreichischen Tradition der Sozialpartnerschaft und den starken Gewerkschaften geschuldet, dass negative Entwicklungen in Europa in Österreich deutlich abgeschwächt ankommen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit vollzieht sich weniger rasant als andernorts, die Budgetkonsolidierung hat den Sozialstaat zwar angekratzt, aber keineswegs so devastiert, wie in anderen europäischen Ländern und das wirkt sich natürlich auch auf den Zustand unserer Partei verhältnismäßig positiv aus.

Nichtsdestotrotz ist die Herausforderung, vor der auch die österreichische Sozialdemokratie steht, wesentlich größer als das Ringen um den Verbleib an den Schaltstellen der Regierungsmacht. Für die Sozialdemokratie als Organisation geht es um ihre Existenz als bestimmende politische Kraft in Europa. Allen Bündnisüberlegungen vorangestellt werden muss daher die Klarheit des eigenen Profils und die Entwicklung eines Programms, das umzusetzen ist.

## THINK BIG

Die SPÖ hat schon beim letzten Bundesparteitag beschlossen, ihr Parteiprogramm zu erneuern. Nachdem die laufende Funktionsperiode bislang weitgehend ungenutzt verstrichen ist, soll nun der anstehende Bundesparteitag quasi den Startpunkt für die Programmdebatte bilden. Dieser Prozess kann eine große Chance sein, Klarheit darüber zu schaffen, für wen und für was die österreichische Sozialdemokratie steht. Der objektive Bedarf für eine Partei, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen konsequent verteidigt, den Sozialstaat ausbaut, demokratische Rechte erweitert und Vollbeschäftigung, Gleichheit und Demokratie über die Interessen der Finanzmärkte, Konzerne und das Privateigentum an den Produktionsmitteln stellt, ist größer denn je. Eine Alternative zur

kapitalistischen Krise zu sein, erfordert aber auch, diese Politik nicht nur geduldig auf Papier zu schreiben, sondern dieses Programm auch erlebbar zu machen.

Europa durchlebt die wohl schwerste Krise seit 80 Jahren. Es wird Zeit, dass die historische Dimension dieser Krise auch in den Rezepten zu ihrer Bewältigung greifbar gemacht wird. Der Zertrümmerung des Wohlstands breiter ArbeitnehmerInnenschichten und der Rückentwicklung zu einer Einkommens- und Vermögenspolarisierung wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts kann nicht durch rhetorische Bekenntnisse und Einzelmaßnahmen begegnet werden. Die Sozialdemokratie braucht klare Konzepte zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, der Verkürzung der Arbeitszeit, der Gleichstellung der Geschlechter und der gerechteren Verteilung von Pflege- und Familienarbeit. Sie wird, um diese Politikfelder angehen zu können, schließlich auch Eigentumsfragen ansprechen müssen, um die Machtkonzentration in den Händen von Finanzmärkten und Konzernen aufzubrechen. In ZUKUNFT 09/2014 haben Josef Falkinger und Johannes Chalupa in diesem Zusammenhang bereits sehr eindrucksvoll gezeigt, warum eine Vergesellschaftung und Redimensionierung des Bankensektors demokratiepolitisch notwendig und ökonomisch sinnvoll ist.

Unter den Bedingungen des europäischen Austeritätscurses braucht jede Alternative aber eine starke Verankerung in der Bevölkerung und eine Vernetzung verschiedener AkteurInnen, der Gewerkschaften und der »Zivilgesellschaft«. Der Prozess einer Programmentwicklung muss daher auch ein Prozess der Organisationsentwicklung sein, der nicht dazu dient, traditionelle Strukturen zu liquidieren und den demokratischen Parteaufbau zu entsorgen, sondern die breite Verankerung der Sozialdemokratie in der Bevölkerung, die jahrzehntelang ihr Markenzeichen in Österreich war, neu zu entwickeln und ein strakes demokratisches Fundament für eine andere Politik zu errichten.

Die Sozialdemokratie braucht ein Ende der Selbstgenügsamkeit, dass ein Ergebnis auch unter 30% ein Erfolg ist, solange die Konkurrenz genauso schwach ist. Konsequente sozialdemokratische Politik ist ein Mehrheitsprogramm. Um es verwirklichen zu können, können wir nicht damit zufrieden sein, knapp vor der Mehrwertsteuer zu liegen.

## BÜNDNISÜBERLEGUNGEN

Zweifelloos enthebt uns das nicht der Aufgabe, zu überlegen, in welchen Bündnissen und auf welcher inhaltlichen Grundlage

sozialdemokratische Politik auch auf Regierungsebene umzusetzen ist. Offenkundig scheint, dass auch eine politisch eindeutig positionierte Partei, in einer Koalition mit einer gleich starken Kraft immer Schwierigkeiten haben wird, ihr Profil zu wahren und ihr Programm nicht zur Gänze durchsetzen kann. Abseits aller moralischen und demokratiepolitischen Grundsatzfragen und allen Überlegungen zur innerparteilichen Sprengkraft von Rot-Blau, ist der Wert dieser strategischen Option kaum erkennbar. Sich einfach einem andersfarbigen, gleich starken Koalitionspartner anzuliefern, ist keine erkennbar bessere Alternative zur Koalition mit der ÖVP.

Herbert Hönigsberger hat in seinem Beitrag in ZUKUNFT 06/2014 dargelegt, warum es erforderlich sei, auch Alternativen zur »Großen Koalition« anzudenken und hat empfohlen, die Fühler dabei auch in Richtung NEOS auszustrecken und mit einer machtpolitischen Alternative eine »große Erzählung« zu verbinden, die es erst ermöglicht emotionalisierend Politik darzustellen. Die Herausforderung dabei sei es, »potenzielle Koalitionspartner diskursiv mitformen, umwerben, umschmeicheln, umgarnen, dabei die eigene Mitgliedschaft mitnehmen und selber programmatisch klaren Kurs halten.«

Zweifellos trifft zu, dass die »diskursive Mitformung« potenzieller Bündispartner umso leichter fällt, je weniger klar der Kurs, je schwächer historische Bindungen und je uneindeutiger politische Programme bislang ausfallen. Aus diesem Grund ist es in strategischer Hinsicht sicherlich richtig, eine Zusammenarbeit mit Grünen und NEOS ins Auge zu fassen und auch Energien darauf zu verwenden, gemeinsame Schnittmengen zu suchen. Diese werden, soviel scheint schon jetzt absehbar, allerdings kaum auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik liegen, auf dem sich die NEOS mit scharfer neoliberaler Rhetorik probieren, deren Ernsthaftigkeit bislang keinem Praxistest zu unterziehen war.

Gerade in Hinblick auf die unheilvolle Tradition der letzten Jahre und Jahrzehnte, Koalitionen als Vorwand zu nehmen, um sich selbst vor einer ernsthaften Auseinandersetzung mit inhaltlich-strategischen Politikzielen, konkreten Konzepten und Grundsatzarbeit zu drücken (»der Koalitionspartner lässt es eh nicht zu«), sollte die Sozialdemokratie aber auch stärker darüber nachdenken, in außergewöhnlichen Zeiten sich eines in Österreich außergewöhnlichen Mittels zu bedienen. Eine Minderheitsregierung ist zweifellos einer gewissen Unsicherheit ausgeliefert (ein Koalitionspartner der ÖVP allerdings auch, wie der vierte Obmannwechsel in acht Jahren

zeigt). Gerade deshalb erfordert sie die ständige Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Unterstützung, um fortschrittliche Reformen durchsetzen zu können. Die ganze Verantwortung zu tragen, beugt dem Wegschieben eben dieser am wirkungsvollsten vor. Auf Grundlage eines glaubwürdigen und entschlossenen sozialdemokratischen Programms könnte die SPÖ beweisen, wie die »diskursive Mitformung« anderer politischer Kräfte glaubwürdig funktionieren kann. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Sozialdemokratie fast sieben Jahre nach Beginn der Krise mit dem Schwanken zwischen sozialer Rhetorik und dem Nachvollziehen neoliberaler Austeritätspolitik bricht und sich an die Spitze einer Bewegung gegen die europäische Dauerkrise stellt.



LUDWIG DVOŘÁK ET AL.

1. <http://www.theguardian.com/politics/2014/sep/01/gordon-brown-labour-lost-credibility-economy>
2. <http://tempsreel.nouvelobs.com/politique/20141022.OBS2779/exclusif-manuel-valls-il-faut-en-finir-avec-la-gauche-passeiste.html>

**WIEN IM ERSTEN  
WELTKRIEG** WIEN MUSEUM

# KRIEGSINVALIDEN vermittelt Stellen aller Art



**die k.k.Arbeitsvermittlung anKriegsinvaliden**  
**WIEN,VII.NEUBAUGÜRTEL 32 (Tel.38472)**  
mit Unterstützung der Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvaliden  
**Wien,I.Habsburgergasse 5 (Tel.6267)**

Arbeitsvermittlung Druckerei Josef Eberle Wien VII. Schottenfeldg. 36/38

Wiener Ringstraße in Flaggengala.



Postkarte, 1915  
© Wien Museum

# »Heute ist der Mensch nur noch Staatsmensch ...«

**Der 2002 verstorbene** Soziologe Pierre Bourdieu zählt nicht nur zu den bekanntesten, sondern auch besonders aktiven SozialwissenschaftlerInnen des letzten Jahrhunderts. Kürzlich erst erschienen seine Vorlesungen über den Staat in deutscher Sprache. Stefan Brocza stellt zentrale Thesen Bourdieus dar.

**M**itglieder des Pariser Collège de France haben eine einzige Verpflichtung – sie müssen eine wöchentliche öffentliche Vorlesung halten. Der große französische Soziologe Pierre Bourdieu nutzte dies, um in den Studienjahren 1989 bis 1992 über den Staat zu sprechen. Diese Vorlesungen liegen nun erstmals auf Deutsch vor. Bourdieu selbst hatte eine Veröffentlichung nicht geplant. Dementsprechend mussten die Herausgeber auf der Grundlage einer Transkription der damaligen Vorlesungen und unter Abgleichung mit Manuskripten und Quellen einen Text erstellen. Dieses Vorhaben ist gelungen. Es werden nur leichte stilistische Korrekturen vorgenommen, Unebenheiten der mündlichen Rede geglättet und unverständliche oder allenfalls ungenaue Satzkonstruktionen berichtigt. Die Balance zwischen Wiedergabetreue und Lesbarkeit gelingt. Oder im Duktus Bourdieus bleibend: Die unvermeidlichen »*Treulosigkeiten*«, die jeder Verschriftlichung (und, allgemeiner, jeder Veränderung der Vorlage) innewohnen, sind hier zweifellos »*die Bedingungen einer echten Treue*«.

»*Alle Sätze, die den Staat als Subjekt haben, sind theologische Sätze – was nicht heißt, dass sie falsch wären, insofern der Staat eine theologische Entität ist, das heißt eine Entität, die durch den Glauben existiert.*«

Die Bedeutung des Akts des Glaubens bei der Herausbildung des Staates – und zwar eher im soziologischen und psychologischen und nicht unbedingt im religiösen Sinn – legt die große Linie des Buchs fest. Der theologische Aspekt des Staates ist auch sein tautologischer, was seinen Ursprung angeht, im Prozess der Gruppenbildung: »*Der Staat ist diese wohlbegründete Illusion, dieser Ort, der wesentlich deshalb existiert,*

*weil man glaubt, er existiert.*« Wobei für Bourdieu der Staat vor allem auch eine symbolische Ressource ist, die allem, dessen sie sich annimmt, Legitimität und Anspruch auf Universalität verleiht. Kalender und Feiertage, Regeln zum Wohnungskauf oder Rechtschreibung gewinnen ihre Relevanz aus ihrem Bezug zum Staat und dessen Anspruch, nicht nur ein Teil der Gesellschaft zu sein, sondern gerade der Teil, der für alle anderen steht.

»*Ich kenne keinen Anarchisten, der nicht die Uhr umstellt, wenn wir zur Sommerzeit übergehen.*«

An sich gibt es nichts Banaleres als den Kalender, der Festschreibung der gesetzlichen Fest- und Feiertage wird keine weitere Aufmerksamkeit beschenkt. Der Kalender wird als selbstverständlich akzeptiert. Damit richtet sich unsere Wahrnehmung der Zeitlichkeit ganz automatisch nach den Strukturen dieser öffentlichen Zeit. Damit verbunden ist die Akzeptanz einer ganzen Struktur der Zeitlichkeit. In diesem Zusammenhang erwähnt Bourdieu übrigens auch die EU: »*Ich denke, dass die Brüsseler Technokraten, wenn sie eines Tages ernsthafte Dinge tun wollen, unvermeidlich an den Kalendern arbeiten werden.*« 20 Jahre später ist die Prophezeiung übrigens beginnende Realität: Es gibt bereits die jährlichen Verlautbarungen im EU-Amtsblatt, zu welchem Zeitpunkt in welchem Land gesetzliche Feiertage sind. Beginn und Ende der Sommerzeit werden zwischenzeitlich auch aus Brüssel geregelt.

Auch ein simpler Hinweis auf das enge Band zwischen Staat und Statistik erhellt die Frage »Was ist eigentlich der Staat?« Selbst ein so simpler Vorgang wie die Aufschlüsselung

nach Berufsgruppen erhält da staatstheoretischen Tiefsinn. Denn Berufsgruppen sind natürlich nicht nur ein Instrument zur Messung, sondern auch ein staatlich legitimierte Kategorisierungsprinzip, über das man nicht diskutieren kann. Es findet sich auf Formularen, Ausweisen und Lohnzetteln. Der einzelne wird vom Staat quantifiziert, codiert und erhält damit seine staatliche Identität.

### EINE WIRKLICHE THEORIE FEHLT

Bourdieu's Vorlesungen sind voll von solchen Beispielen. Und auch wenn er vorwiegend vergleichende Forschung zur Untermauerung seiner Argumente verwendet, scheinen der Zugang und die Argumentation zuweilen arg französisch. Viele der Beispiele passen eben für Frankreich, nicht jedoch automatisch auch für andere Staaten.

Auf die soziologischen Klassiker wird durchgehend verwiesen: Marx und Durkheim, Max Weber und Jürgen Habermas, aber auch Sapir und Whorf (als Sprachphilosophen) und natürlich auf Heidegger und Mallarmé. Wobei den größeren Teil Norbert Elias, Charles Tilly und Max Weber einnehmen. Durchaus amüsant sind die für das gesprochene Wort typischen Kurzurteile zu so manchem Theorieklassiker. Da ist dann schon mal vom »trivialen Sinn« die Rede, den Habermas dem öffentlichen Raum angeblich zuspricht »und den alle Welt ihm nachspricht«. Für Niklas Luhmann reicht da schon mal ein Satz: »Eine Neuauflage dieser Theorie wird aus Deutschland zu uns herüberschwappen, in Gestalt der neofunktionalistischen Theorie Niklas Luhmanns, die sehr allgemein ist und alles auffrisst«. Und Poulantzas wird gar als »verfahren Situation« qualifiziert bzw. so nebenbei abgekanzelt: »...das ist eine Eigenschaft der bürokratischen Situation, die man immer vergißt, vor allem wenn sie keine empirische Forschung treiben: Wenn sie immer schon vom Staat ausgehen, so wie es [Nicos] Poulantzas getan hat, werden sie nie so weit kommen.«

Durchgehend argumentiert Bourdieu auf der Linie von Max Weber eher als von Marx, insbesondere wenn es um Begriffe wie Herrschaft, Legitimität, Reproduktion von Klassenverhältnissen geht. Explizit verweist er darauf, dass sich die marxistische Tradition nicht dem Problem der Existenz des Staates an sich stellt. »Von Marx bis Gramsci und Althusser, ja noch über diesen hinaus bemüht sie sich immer, den Staat durch das zu charakterisieren, was er tut, und durch die Leute, für die er tut, was er tut, ohne sich nach der Struktur der Mechanismen selbst zu fragen, die angeblich das hervorbringen, was ihm zugrunde liegt.« Explizit führt Bourdieu aus, dass etwa Gramsci oder Althusser

sich vor der Beantwortung der »Frage nach dem Sein und dem Tun dieses Etwas, das man als Staat bezeichnet« drücken. Da verkommt dann die »Logik der Hegemonie« zu einem »funktionalistischen Irrtum« und »erfährt nichts über den Mechanismus, wenn man sich nur nach den Funktionen fragt.«

### DER STAAT ALS GROSSER MONOPOLIST

Der Staat wird zum großen Monopolisten in unserem Leben, durch die Akkumulation diverser Kapitalsorten, des ökonomischen, kulturellen, sozialen und schließlich – dem wichtigsten – des symbolischen Kapitals, das mit der Vorstellung von Repräsentanz und Anerkennung operiert und sich mit den anderen Sorten kurzschließt. »Das symbolische Kapital ist jenes Kapital, das jeder Kapitalbesitzer obendrein besitzt.« Emergenz, Kristallisierung nennt Bourdieu diesen Prozess, der die einzelnen Sorten miteinander verschmelzen lässt. Anerkennung ist gewissermaßen der Kitt sozialer Interaktion, man findet sie in Akten roher Gewalt, bei ökonomischem Reichtum oder kulturellen Fertigkeiten: »Wer über das kulturelle Kapital der Eloquenz, der Intelligenz, der Wissenschaft verfügt, wird spontan als Inhaber einer legitimen Autorität angesehen.«

Am Beginn des »Staats-Theaters«, des Prozesses, der zum Staat führt, stehen bei Bourdieu die »Propheten«, deren Mission es ist, bei der Vergewisserung dessen zu helfen, was noch nicht formuliert ist, aber auch nicht in Frage gestellt werden kann – woraus später Regeln und Normen geschaffen werden, das Recht. »Die Perspektive des Staates ist die Perspektive der Schrift, des Instruments, der Objektivierung und Kumulation schlechthin.« Später werden übrigens die Juristen die Propheten ablösen, aber die sind dann nur noch rein reproduktiv.

### ERGEBNIS

Bourdieu interessiert, wie etwas entsteht, wie Formen sich motivieren und herausbilden, verändern und deformieren. Ihm ist der Staat kein Absolutum, kein normatives, abstraktes, überzeitliches Gebilde, sondern ein komplexer Prozess, eine Kommunikation. Kein »Block« sondern ein »Feld« – auf dem Aktion und Interaktion stattfinden, »das legitime politische Spiel«, in dem das Private der Akteure in öffentliche Instanzen und offizielle Institutionen überführt wird. »Das Offizielle ist also das Öffentliche, es ist die Idee, die die Gruppe von sich selbst hat, und die Idee, die sie von sich selbst vermitteln möchte; die Repräsentation (im doppelten Sinn einer mentalen Vorstellung wie von einer theatralischen Darstellung), die sie von sich geben möchte, wenn sie sich als Gruppe präsentiert [...] An dieser Stelle wären dann sämtliche Spiegeleffekte zu berücksichtigen.«

Im Ergebnis lassen sich die über drei Jahre Studienjahre laufenden Vorlesungen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse in einem Satz zusammenfassen: Im Staat wird symbolisches Kapital zugleich monopolisiert und durch Arbeitsteilung und Bürokratie organisiert. Was simpel klingt, macht unumwunden Spaß beim Lesen. Man kann über hunderten Seiten dem großen französischen Soziologen beim Denken, Argumentieren und Herantasten quasi über die Schulter blicken. Dabei wirkt das Ganze leicht und spielerisch. Bourdieu ist sich in diesem Prozess seiner Rolle und Funktion durchaus bewusst: *»Ebenso wie der Staat die jedem Bürger zukommende Macht zur Konstruktion der sozialen Realität usurpiert, ist ein Professor mit einer Art von provisorischem Monopol ausgestattet, das auf zwei Stunden wöchentlich und ein paar Wochen im Jahr begrenzt ist: mit dem Monopol auf die soziale Konstruktion der Realität. Das ist eine psychologisch schwierige Situation.«*

Bei der Lektüre macht sich auch Wehmut breit. Selbst nach 20 Jahren sind diese Vorlesungen Bourdieus über den Staat lesenswert und erhellend. Durchkomponierte zwei Stunden mit einem jeweils anspruchsvollen und umfangreichen Vorlesungsmanskript. Man stelle sich heutige Vorlesungen und ihre Wiedergabe in 20 Jahren vor: Überfrachtete Powerpoint-Präsentationen, mit leicht verdaulichen Texthäppchen (für jeweils maximal zwei Minuten Aufmerksamkeitsspanne pro Argument) und den obligatorischen Mitmachsituationen für Zwischendurch (à la »5 Minuten Caféhaus – diskutieren sie mit ihrem Nachbarn ...«), inklusive Feedbackrunde am Ende einer jeder Einheit. Das alltägliche Grauen an heutigen Hochschulen.

Die Tatsache, dass wir alle den Staat im Kopf haben, mittels eines Zitats aus Thomas Bernhards *Auslöschung* (»Heute ist der Mensch nur noch Staatsmensch ...«) vor Augen geführt zu bekommen, macht einfach Freude. Und falls es noch eines Belegs zur Aktualität bedarf, sei auf den allerletzten Satz der letzten Vorlesung vom 12. Dezember 1991 verwiesen: *»Ist die ›Wiederkehr des Religiösen‹ nicht in Wirklichkeit eine Folge des Rückzugs des Staates?«* Daher meine Empfehlung: Lesen Sie die gesammelten Vorlesungen Pierre Bourdieus und lassen Sie sich ein auf eine spannende und erhellende Reise zu den dunklen Geheimnissen dieses schwer fassbaren Gebildes, das man landläufig »Staat« nennt. 🍷



Pierre Bourdieu  
ÜBER DEN STAAT  
Suhrkamp, 2014,  
723 Seiten

**Weitere Besprechungen zum Buch**

**Fritz Göttler:** Eine wohlbegründete Illusion. Prophetie, Akkumulation, Emergenz – Pierre

Bourdieu's stimulierende Vorlesungen über den Staat, in: Süddeutsche Zeitung, 26./27. Juli 2014, S. 15 | **Barbara Kuchler:** Die Regeln des Staates und der Kunst. Pierre Bourdieu war einer der letzten großen Universalisten unter den Soziologen: In seinen Vorlesungen kann man ihm beim Nachdenken zusehen – über die Stabilisierung obrigkeitlicher Macht und einen Revolutionär der Malerei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 2014, S.10 | **Möllers:** Was genau ist der Staat? Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hielt von 1989 bis 1992 Vorlesungen über den Staat. Jetzt erscheinen sie als Buch – ein zwiespältiger Gewinn, in: Die Zeit, 31. Juli 2014, S.38

**STEFAN BRODZA**

ist Experte für Europarecht und Internationale Beziehungen  
und lehrt an den Universitäten Wien und Salzburg.



# WIEN IM ERSTEN WELTKRIEG

WIEN MUSEUM



Kriegsküche Nr. XXI. in der Sofienbrückengasse, um 1915  
Fotografie, © Wien Museum

# Pikettys »Kapital im 21. Jahrhundert«

**Der französische Ökonom** Thomas Piketty hat mit seinen Forschungen zu Ungleichheit der Debatte über Vermögenssteuern neue wichtige Argumente geliefert. Philipp Metzger zeigt einige Erkenntnisse des kürzlich auch in deutscher Sprache veröffentlichten Bestsellers auf.

**D**as Kapital im 21. Jahrhundert ist das meistdiskutierte Wirtschaftsbuch des Jahres. Das Werk des französischen Ökonomen Thomas Piketty wurde bereits 2013 in seinem Heimatland veröffentlicht, durchschlagenden Erfolg gelang aber erst der amerikanischen Ausgabe von 2014. Der regelrechte Hype um das Buch entstand genau in dem Moment, als es der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman in seiner Kolumne in der *New York Times* als »das wichtigste Buch des Jahres, vielleicht des Jahrzehnts« lobte. Wochenlang führte es die US-Bestsellerliste von Amazon an und ist mittlerweile das meistverkaufte Buch überhaupt in der mehr als einhundertjährigen Geschichte des renommierten Verlags *Harvard University Press*. Piketty durfte seine Thesen sogar vor dem Internationalen Währungsfonds (IWF), bei den Vereinten Nationen und beim Beraterstab Barack Obamas vorstellen. Kein Zweifel, Piketty ist momentan der Star der Ökonomie. In seinem Werk analysiert er die Verteilung von Einkommen und Vermögen seit dem 18. bis ins 21. Jahrhundert und kommt zu dem Schluss: Der gesellschaftliche Reichtum ist zunehmend ungleicher verteilt und das schadet dem Wirtschaftswachstum. Im Folgenden möchte ich einige zentrale Argumente Pikettys näher beleuchten.

## DIE DATENLAGE

Im Zentrum seines Werks steht die empirische Analyse von Einkommen und Vermögen. Aber was versteht Piketty darunter? Im Wesentlichen beruht seine Datenbasis – die viel Anerkennung erfahren hat – auf der Erfassung alter Steuerunterlagen, die bisher wissenschaftliches »Niemandland« waren. Warum diese Daten bisher kaum berücksichtigt wurden, erklärt sich Piketty aus dem Umstand, dass diese Forschungsmethode »zu historisch für Ökonomen und zu ökonomisch für die Historiker« (33) sei. Die Arbeit war so umfangreich, dass

er mit über 30 ForscherInnen auf der ganzen Welt zusammenarbeite. Dadurch wurde es möglich, die größte historische Datenbank über die Entwicklung von Einkommensungleichheiten, die *World Top Incomes Database* (WTID), zu erstellen. Ein Vorteil dieser Datenbank, die mittlerweile über 20 Länder erfasst und immer weiter ausgebaut wird, ist die Unterscheidbarkeit von Einkommen und Vermögen. Allerdings sind die historischen Steuerdaten unterschiedlich gut darstellbar: Für Frankreich beispielsweise ist die Datenlänge sehr gut, weil 1791 im Zuge der Französischen Revolution eine Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie ein Vermögensregister eingeführt wurden.

Österreich konnte dagegen bisher aufgrund der fehlenden Erfassung von Vermögen nicht in die Datenbank aufgenommen werden. Es ist jedoch zu vermuten, dass sich die österreichischen Daten nicht wesentlich von anderen westlichen Ländern unterscheiden, wie dies auch die aktuelle Broschüre »Top-Vermögen und Einkommen in Österreich« der Arbeiterkammer Wien nahelegt. Darüber hinaus konnte jüngst ein Forscherteam der Universität Linz den allgemeinen Trend, den Piketty konstatiert, auf Basis einer Zusammentragung der mittlerweile bestehenden Daten bestätigen. Dank dem *Household Finance and Consumption Survey* (HFCS) des Europäischen Zentralbankensystems liegen neuerdings auch bessere Daten vor. Da diese die Spitze der Vermögensverteilung allerdings nicht so gut wie Pikettys Daten erfassen, ist davon auszugehen, dass die Vermögenskonzentration durch vorliegende Daten eher geschönt wird.

Eine weitere Schwierigkeit von historischen Steuerunterlagen ist, dass sie bestimmte zeitliche Perioden nicht so gut oder gar nicht erfassen, wie etwa die Zeit vor dem 18.

Jahrhundert. Deshalb greift Piketty für die frühen Jahre des Kapitalismus auf alle möglichen Daten zurück, einschließlich von Romanliteratur. Trotz all dieser Unwägbarkeiten bei der Erstellung *World Top Incomes Database* (WTID), stellt sie die mit Abstand präziseste Datenbank zur Thematik dar. In der Debatte über Pikettys Thesen waren Datenlage und Berechnungsmethoden vielfach Kern der Auseinandersetzung. In einer Diskussion des Buches kritisierte die *Financial Times*, Piketty habe sich »verrechnet«. Die Meldung wurde sofort von vielen großen Zeitungen aufgegriffen. Als Angriffspunkt stellte sich dies als wenig tragfähig heraus, denn unzweifelhaft konnte der *Financial Times* nachgewiesen werden, dass sich eher die Kritik »verrechnet« hatte.

## EINKOMMEN UND KAPITAL

Basierend auf den erfassten Daten widmet sich Piketty der Analyse des Verhältnisses von Kapital und Einkommen. Aber was versteht Piketty unter diesem Verhältnis? Es besteht zum einen aus dem *Nationaleinkommen*, das alle »Einkommen der Inländer für einen Zeitraum eines Jahres erfasst, ungeachtet der Rechtsform dieser Einkommen« (67). Oder anders Ausgedrückt:  $\text{Nationaleinkommen} = \text{Inlandsproduktion} + \text{Nettoeinnahmen aus dem Ausland}$ . Zum anderen setzt es sich aus Vermögen zusammen, wobei Piketty die Begriffe Kapital und Vermögen synonym verwendet und als alles, was auf dem Markt getauscht werden könne (74), definiert. »Es handelt sich um die Summe der nicht-finanziellen Aktiva (Wohnungen, Grundstücke, Geschäfte, Gebäude, Maschinen, Ausrüstungen, Patente und andere gewerbliche Aktiva in direkten Besitz) und der finanziellen Aktiva (Bankguthaben, Sparpläne, Obligationen, Aktien und andere Geschäftsanteile, alle Formen von Kapitalanlagen, Lebensversicherungsverträge, Pensionsfonds usw.), verringert um Verbindlichkeiten (das heißt um sämtliche Schulden)« (73 f.). Das *Nationalvermögen* bildet bei Piketty also die Summe aus Privatvermögen plus Staatsvermögen.

Das Kapital-Einkommens-Verhältnis, das Piketty auch mit dem griechischen Buchstaben Beta ( $\beta$ ) abkürzt, ergibt sich aus dem Kapitalstock, der durch das jährliche Einkommensvolumen geteilt wird. Ein Beispiel: Angenommen der Gesamtwert eines Landes entspräche dem Nationaleinkommen von sechs Jahren, dann wäre  $\beta = 5$ . Beliefe sich also das jährliche Einkommen pro Kopf, in einem bestimmten Jahr auf 30.000 Euro und das jährliche (schuldenfreie) Durchschnittsvermögen pro Kopf auf 150.000 Euro, dann entspräche das Vermögen dem Fünffachen des Einkommens ( $150.000 \div 30.000 =$

5). Das Kapital-Einkommens-Verhältnis würde in diesem Fall 5 betragen. Piketty gelangt zu dem Ergebnis, dass das aktuelle Kapital-Einkommensverhältnis in den westlichen Industriestaaten etwa zwischen 5 bis 6 liegt. Der Vorteil dieser Rechnung ist, dass über das Kapital-Einkommens-Verhältnis Ungleichheiten in Zahlen darstellbar werden. Wenn Beta ( $\beta$ ), d.h. das Kapital-Einkommens-Verhältnis, einen hohen Wert annimmt, bedeutet dies schlicht: Vermögensbestände können in höherem Maße nur diejenigen aufbauen, die ein ausreichend hohes Einkommen beziehen und nicht von der Hand in den Mund leben. Die Reichen werden mit zunehmendem Wert immer reicher, während die Armen immer weniger Chancen haben, durch Arbeit (bzw. Leistung) auch reich zu werden.

## WACHSENDE UNGLEICHHEIT: $r > g$

In der mittlerweile berühmten Formel » $r > g$ « drückt Piketty den Zusammenhang aus, dass die Vermögen zunehmend schneller wachsen und dadurch die Reichen gegenüber dem Rest der Gesellschaft immer reicher werden: Im Durchschnitt – dies zeigt die empirische Auswertung – wächst die Kapitalrendite ( $r$ ) schneller als die Wirtschaftsleistung ( $g$ ). Wenn  $r$  – also die Gewinne aus Zinsen, Dividenden, Mieten etc. – schneller steigt als die Wirtschaftsleistung, dann steigt der Anteil der Vermögen am gesellschaftlichen Reichtum gegenüber anderen Einkommensformen. Diese Entwicklung ist laut Piketty ein Gesetz des Kapitalismus: »Gleichwohl sind meine Schlussfolgerungen nicht sonderlich erfreulich. Wichtiger ist vor allem, dass die fundamentale Ungleichheit  $r > g$ , die in unseren Erklärungsschema hauptsächlich für Divergenz verantwortlich ist, nichts mit einem unvollkommen Markt zu tun hat, im Gegenteil: Je »perfekter« der Kapitalmarkt im Sinne der Ökonomen funktioniert, desto stärker setzt sie sich durch« (47).

Piketty nennt zwei Gründe, warum  $r$  schneller wächst als  $g$ . Die Wirtschaftsleistung  $g$  ist einerseits abhängig vom Bevölkerungswachstum und andererseits vom technologischen Fortschritt. Vor der industriellen Revolution stieg das Wirtschaftswachstum parallel zum Bevölkerungswachstum. Mit dem technologischen Fortschritt kam der heute wichtigere Faktor hinzu: Die Kapitalrendite hängt vom Risiko ab. Piketty behauptet deshalb, dass langfristig die durchschnittliche Kapitalrendite unabhängig aller Schwankungen bei 4 bis 5 Prozent liegen und das Wirtschaftswachstum sich zwischen ein bis zwei Prozent bewegen werde. Damit untermauert Piketty seine These, dass die Reichen reicher werden, weil Vermögen schneller wachsen als die Einkommen und somit

die soziale Ungleichheit zunimmt. Wenn aber nur die Vermögenden reicher werden, dann ist laut Piketty das Ideal der Leistungsgesellschaft bedroht und damit seiner Ansicht nach auch die Demokratie. Denn zentrales Fundament der liberalen bürgerlichen Gesellschaft sei letztlich, dass für jede/n der soziale Aufstieg möglich ist.

### UNGLEICHHEIT IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE

Ein Blick auf den historischen Verlauf des Kapital-Einkommens-Verhältnisses im Rahmen von Pikettys Datenbank zeigt, dass das Kapital-Einkommens-Verhältnis in Europa zwischen dem 17. Jahrhundert bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs zwischen den Beta-Werten 6,5 und 7 lag. Im Verlauf der beiden Weltkriege fiel das Kapital-Einkommen-Verhältnis zum erst Mal auf 2,5

Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg das Kapital-Einkommens-Verhältnis nur sehr langsam. Piketty weist daraufhin, »dass das niedrige Kapital-Einkommens-Verhältnis im Europa der Nachkriegszeit teilweise politisch gewollt ist, denn diese Situation spiegelt politische Entscheidungen wider, die – mehr oder weniger bewusst und mehr oder weniger wirksam – darauf abzielen, den Marktwert der Vermögen und die wirtschaftliche Macht ihrer Besitzer zurückzudrängen« (198).

Mit anderen Worten: Das Kräfteverhältnis im Nachkriegskapitalismus bzw. Fordismus war Ausdruck eines Klassenkompromisses und Lohnabhängige konnten aufgrund ihres Einkommens in besseren Verhältnissen als zuvor leben. Die Entwicklung des Verhältnisses von  $r$  und  $g$  war soweit abgemildert, dass Einkommen eine wichtige Rolle spielte und über den Sozialstaat auch soziale Aufstiegschancen (etwa durch gute kostenlose Bildung) vorhanden waren.

Ab den 1970er Jahren hat sich dies verändert. Das Kapital-Einkommens-Verhältnis in Europa ist heute wieder fast auf dem Niveau des Vorabends des Ersten Weltkriegs. Die Renditen aus der Finanz- und Immobilienwirtschaft sind erheblich gewachsen. Gleichzeitig gingen die Steuern für Vermögende massiv zurück. In den USA verlief diese Entwicklung ähnlich. Piketty gelangt zu dem Fazit, dass das Kapital-Einkommens-Verhältnis zunimmt und das Wachstum sinkt (vgl. 199).

### PIKETTY UND MARX

Piketty wird oft mit Karl Marx verglichen oder als Marx der Gegenwart bezeichnet. Auch wenn er häufig mit Marx kokettiert, weist Piketty diesen Vergleich (berechtigterweise) zu-

rück, denn für die Überwindung des Kapitalismus spricht er sich nicht aus. Ebenso erklärte Piketty, das Marx'sche *Kapital* nie ganz gelesen zu haben. Konfrontationen mit Marx wären aber durchaus fruchtbar: Im letzten Kapitel des *Kapital* über die ursprüngliche Akkumulation schildert Marx sehr anschaulich, wie der Kapitalismus in einem sehr blutigen geschichtlichen Prozess entstanden ist. Einen (bei Piketty implizit vorausgesetzten) Nullpunkt, an dem alle gleich waren, hat es mit Beginn des Kapitalismus eben nicht geben.

Aus Marx'scher Perspektive wäre auch zu kritisieren, dass Piketty das Wirtschaftswachstum im Wesentlichen nur aus der technologischen Entwicklung ableitet und nicht auch bzw. vor allem aus Prozessen der Ausbeutung von Arbeitskraft. Insgesamt bleibt bei Piketty auch unklar, was den Kapitalismus eigentlich ausmacht. Er folgt außerdem im Wesentlichen einer eher ahistorischen Analyse, wenn er seine Formel als »Gesetz«, das für die letzten 2.000 Jahre gegolten habe, präsentiert. Abgesehen von dieser Behauptung findet er mit der Formel » $r > g$ « ein »Gesetz«, dass der von Marx untersuchten Tendenz des tendenziellen Falls der Profitrate sehr ähnelt, wenn auch Piketty dabei »nicht so apokalyptisch« (47) sei, wie Marx. (Marx war allerdings ebenfalls kein Apokalyptiker und untersuchte den Profitratenfall als Tendenz, der immer auch durch Gegenteilstendenzen relativiert werden könne).

Der größte Unterschied zwischen ihm und Marx liegt nicht in den inhaltlichen Schlussfolgerungen, sondern im verwendeten Kategorien-Apparat. Inhaltlich hatte Marx bereits im dritten Band des ‚Kapital‘ darauf hingewiesen, dass die Geldkapitalisten immer reicher werden und dies das ökonomische Wachstum behindere.

Bei ihm ist die kategoriale Differenz zwischen produktivem und unproduktivem *Kapital* wesentlich für die Analyse des Kapitalismus. Piketty weist diese zurück. Die Unterscheidung sei nicht notwendig, weil »in Wirklichkeit all diese Vermögensarten nützlich und produktiv« (73) seien. Das, wie Piketty es nennt, »Humankapital« zähle nicht dazu, weil es anderes als in Sklavengesellschaften nicht auf dem Markt gekauft und verkauft werden könne. Gerade dieses Argument ist nicht schlüssig nachvollziehbar, zumal Arbeitskraft ja sehr wohl gekauft und gehandelt und ebenso produktiv angewendet wird. Mit der Kategorie der Arbeitskraft (im Unterschied zum Humankapital) würden sicherlich einige Zusammenhänge und Dynamiken deutlicher in den Blick geraten als dies bei Piketty bereits jetzt der Fall ist.

## FAZIT

Das Entscheidende an Pikettys Forschungen ist sicherlich, dass er in aller Deutlichkeit nachweisen konnte, dass der Kapitalismus zu immer mehr Ungleichheit führt und es sich dabei um keinen kurzfristigen Trend oder Zufall, sondern um ein »Grundgesetz« des Kapitalismus handelt. Am Ende seines Buches präsentiert er Vorschläge, wie diese Entwicklung aufzuhalten sei: Er spricht sich für eine Vermögenssteuer aus und plädiert für den Wiederaufbau des Sozialstaates, um den Gegensatz zwischen Wachstum und sozialer Gerechtigkeit aufzulösen. Vor dem Hintergrund seiner Thesen ist die gegenwärtige Austeritätspolitik die absolut falsche Politik und verschärft über die wachsende Ungleichheit auch das Absinken von Wachstum. 🍷

### PHILIPP METZGER

ist Politikwissenschaftler und promoviert an der Universität Wien  
zum Thema der Dynamiken von Finanzialisierung.



Thomas Piketty  
DAS KAPITAL IM 21.  
JAHRHUNDERT  
C.H. Beck  
München 2014  
816 Seiten

# WIEN IM ERSTEN WELTKRIEG

WIEN MUSEUM



Die Frau im Kriege. III.

Postkarte: Die Frau im Kriege, 1915  
Farblithografie, © Wien Museum



»Kriegsgemüsefeld« der Knabenschule Hörnesgasse, 1916  
Fotografie, © Wien Museum

# Die Faszination der Ersten Republik

**Politik, Kunst und Philosophie** aus der Frühzeit des demokratischen Österreich haben uns heute noch immer etwas zu sagen. Das zeigt ein Sammelband, in dem internationale Wissenschaftler weit mehr besprechen als nur »Das Österreich der dreißiger Jahre«.

**G**riechenland, Portugal, Spanien, Italien – all diesen Ländern, von deutscher Warte aus gern hochmütig als »Peripherie« bezeichnet, ist von der EU ein strikter Sparkurs verordnet worden. Welche Gefahren aber eine Sanierungspolitik birgt, die sich nur auf Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen sowie antiinflationistische Maßnahmen beschränkt, zeigt ein Blick ausgerechnet nach Österreich – nämlich in das Österreich der Ersten Republik.

Die Misere begann schon 1922, als die Hyperinflation mit Hilfe einer Anleihe des in Genf beheimateten Völkerbundes bekämpft werden sollte. Außenpolitisch mit dem Verbot eines Anschlusses an Deutschland verbunden, bedeuteten die sogenannten »Genfer Protokolle« im Inneren neben der neuen stabileren Schilling-Währung vor allem radikale Sparmaßnahmen und Abbau des Beamtenapparates. Die Sozialdemokraten verweigerten die Ratifizierung – kein Wunder, trafen sich doch im Sanierungskurs die restriktiven Maßnahmen der Kreditgeber mit den Wünschen der bürgerlichen Politiker und der Industrie, jene sozialen Reformen wieder zurückzudrängen, welche die Sozialisten in der kurzen Zeit ihrer Regierungsbeteiligung von 1918 bis 1920 erreicht hatten.

Das Wegräumen dieses »revolutionären Schutts« blieb bis in die 30er Jahre das Anliegen der bürgerlichen Fraktionen im Parlament, die dabei kräftige Unterstützung aus dem Ausland erfuhren – zunächst in Form der Kontrolle über die österreichischen Finanzen im Rahmen der Genfer Sanierung, und erst recht, nachdem 1931 der Zusammenbruch der Creditanstalt und der Versuch ihrer Rettung neuerlich eine tiefe Budgetkrise verursacht hatte, die wieder der Völkerbund mit Krediten beseitigen sollte.

Schon vor dem Bankenkrach konnte sich die Wirtschaft nie richtig erholen, nicht zuletzt deshalb, weil nur kostenseitig eingespart werden sollte. Konzepte zur Konjunkturankurbelung wie die Wohnbautätigkeit im »Roten Wien« oder das steirische Wirtschaftsprogramm der Christlichsozialen wurden erst nach der Völkerbund-Kontrolle und auch da nur in Grenzen wirksam. Gleichzeitig stieg die Verschuldung des Staates immer weiter (nach heutigen Maßstäben allerdings auf bescheidenes Ausmaß).

## SANFTE DEFLATIONSPOLITIK

Die Sozialdemokraten hatten dem wenig entgegenzusetzen, da etwa auch Otto Bauer der Meinung war, »dass die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht werden müssen, und zwar ohne Säumen.« Daher war man in den letzten Jahren vor 1933 zu einigen Zugeständnissen bei Sozialabbau und zugunsten einer sanften Deflationspolitik bereit. Der Gegenseite war dies aber noch zu wenig, wie Fritz Derek Weber, Spezialist für die Wirtschaftsgeschichte der Ersten Republik, beschreibt. Weber, der seine Habilitation über den Zusammenbruch der Creditanstalt schrieb, legt dies in seinem Beitrag zu einem Sammelband über »Das Österreich der dreißiger Jahre« dar. Seiner Meinung nach hatte die sozialistische Führung »die demoralisierende Wirkung der Dauerarbeitslosigkeit nicht rechtzeitig genug erkannt«.

Die Arbeitslosigkeit hatte aber auch schwere wirtschaftliche Folgen: Während die Staatseinnahmen kontinuierlich sanken, musste der Staat gleichzeitig immer mehr Geld in die Arbeitslosenversicherung pumpen, obwohl die ausgezahlten Beträge ständig gesenkt wurden und rund 100.000 Menschen als »Ausgesteuerte« gar kein Geld mehr daraus bezogen. Damit waren die Staatsfinanzen schon vor dem Ausbruch der



Creditanstalt-Krise desolat, gerieten durch diese aber endgültig ins Trudeln.

## MITSCHULD

Für die Sanierung des Bankinstituts, deren Ausmaß erst allmählich klar wurde, übernahm die Republik Garantien und musste dafür Kredite im Ausland aufnehmen. Zu diesem Zweck ersuchte die Regierung erneut den Völkerbund um Unterstützung und versprach, quasi als Vorleistung, ein striktes Budgetsanierungsgesetz. Dieses sah Sofortmaßnahmen zur Senkung des Budgetdefizits, Beseitigung der Defizite bei Post und Bahn, drastische Reduktion der Staatsausgaben und Maßnahmen zur Senkung der Produktionskosten vor – wiederum ohne konjunkturankurbelnde Gegengewichte zuzulassen. Im Juli 1933 wurde dieser Kurs durch den Abschluss des Lausanner Vertrags gestützt, mit dem der Völkerbund eine neue Anleihe an Österreich vergab. Webers Meinung nach »nahmen die ausländischen Gläubiger und ihre nationalökonomischen »Experten« indirekt eine Mitschuld an der Zerstörung der Demokratie und des Sozialstaates in Österreich in Kauf.«

Die Ähnlichkeiten zu den heutigen Rezepten der Krisenbewältigung springen, bis hin zur Wortwahl, ins Auge. Allerdings wäre es verfehlt, sie als reine Wiederkehr zu betrachten. Denn obwohl auch die jüngsten Vorgänge manchmal Tendenzen erkennen ließen, Parlamente zu umgehen oder nationale Regierungen nach dem Willen einiger weniger Hauptstädte zu formen, ist man heute doch weit von einer prinzipiellen antidemokratischen Haltung entfernt, wie sie das immer stärker vom Faschismus faszinierte Europa der 1920er und 1930er Jahre prägte.

So sahen zwei Kernpersonen der österreichischen Sanierungswellen die Demokratie als vernachlässigbare Größe gegenüber der wirtschaftlichen Genesung im Sinne der konservativen Ordnung an. Viktor Kienböck war als Finanzminister der Regierung von Ignaz Seipel bereits an der Genfer Anleihe von 1922 intensiv beteiligt, 1932 wurde er Notenbankpräsident, der er bis 1938 blieb, und war damit eine entscheidende Figur im Inneren des österreichischen Finanzwesens. Von außen wirkte der Niederländer Meinoud Rost van Tonningen hinein, der bereits von 1923 bis 1926 als Assistent des Generalkommissärs des Völkerbundes in Wien tätig war und im Oktober 1931 in die Hauptstadt zurückkehrte, zunächst als »Vertreter des Finanzkomitees in Österreich«, ab 1933 als »Vertreter des Völkerbundes«. Er wurde zum engen Freund des bald autoritär regierenden Kanzlers Engelbert Dollfuß

und war höchst erfreut über die Ausschaltung des Parlaments und der linken Kräfte. Später wandte sich van Tonningen dem Nationalsozialismus zu.

Der Erfolg der »Sanierungsdiktatur«, wie sie Weber bezeichnet, blieb freilich äußerst bescheiden. Die Zahl der Arbeitslosen betrug auf ihrem Höhepunkt 1933 im Schnitt 557.000, 1937 waren es immer noch 464.000. Neben der Arbeiterschaft, deren Parteien verboten waren, wurden nach und nach auch andere Teile der Bevölkerung, die zur ursprünglichen Klientel der Konservativen gezählt hatten, immer unzufriedener, von Bauern und Gewerbetreibenden bis hin zu Teilen der Beamenschaft. Dies erklärt wohl auch den mangelnden Rückhalt für die »Vaterländische Front«, jene Organisation, die dem Ständestaat die Massenbasis sichern sollte. Dass dies nicht gelang und sich auch kein Führerkult entwickelte, sind für den Historiker Paul Pasteur im gleichen Sammelband zwei Gründe dafür, dass er dem klerikal-autoritären Regime von Dollfuß und Schuschnigg das Prädikat »faschistisch« verweigern will.

Darüber kann man gewiss streiten (und es wird seit Jahrzehnten getan), aber Pasteur behält immerhin die breite Front ähnlicher Regime in Europa im Blick, etwa in Ungarn unter Horthy oder in Portugal unter Salazar. Gemeinsam sei ihnen die Berufung auf das Christentum, die Mystifizierung des Bauerntums und die Wunschvorstellung einer unveränderlichen, an der starren Hierarchie des Mittelalters orientierten Gesellschaft. Der an der Universität Rouen lehrende Pasteur geht nicht darauf ein, ob Dollfuß in Horthy oder Salazar Vorbilder sah, stellt aber fest, dass sein Bürgerkrieg andere inspiriert hat. Genau einen Monat nach dem 12. Februar 1934 gibt es in Estland einen Putsch, Lettland wird im Mai mit Gewalt zur Diktatur. Und auch in Bulgarien gibt es einen Staatsstreich.

All diese autoritären Staaten werden bald vom in jeder Hinsicht mächtigeren Nationalsozialismus geschluckt – als erstes das kleine Österreich, das sich vor allem in der Zeit des Ständestaates als das bessere Deutschland zu profilieren suchte. Denn ein österreichisches Nationalbewusstsein war vor dem Zweiten Weltkrieg weder links noch rechts zu finden. Lediglich zwei Randfiguren blieb es vorbehalten, die österreichische Eigenart der historischen Entwicklung und der daraus entstandenen Identität herauszustreichen, allerdings auch erst mit Vehemenz, als Hitler im Nachbarland die Macht ergriffen hatte: Der Monarchist Ernst Karl Winter und der Kommu-

nist Alfred Klahr (im genannten Werk dargestellt von Gérard Grelle, Geschichtspräsident an der Universität Limoges).

## EIGENSTÄNDIGE NATION

Winter und Klahr gemeinsam ist nicht nur, dass sie beim Vater der österreichischen Verfassung, Hans Kelsen, studiert hatten, sondern auch, dass sie nach 1945 zwar nicht als schöpferische Denker anerkannt wurden, dass aber ihre Überlegungen zu einer eigenständigen österreichischen Nation schließlich Allgemeingut wurden. Zudem lässt sich von Winters These, Österreich sei dazu berufen, als Mittler zwischen Ost und West eine »europäische« Rolle zu spielen, leicht ein Faden zur Mitteleuropa-Begeisterung etwa eines Erhard Busek finden, der sich bis in die övp-Ideologie der jüngsten Vergangenheit verfolgen lässt.

Gleichfalls in die Gegenwart führt ein weiteres Theoriegebäude vom Beginn des 20. Jahrhunderts: Die »Österreichische Schule der Nationalökonomie«, repräsentiert unter anderem durch Ludwig von Mises und Friedrich A. von Hayek, hat nicht zuletzt mit den eingangs geschilderten Methoden der Krisenbekämpfung inklusive Sparzwang und Privatisierungsgelüsten zu tun.

Der Gedanke, der Staat hätte sich möglichst wenig in die Wirtschaft einzumischen, der in Form von neoliberalen Rezepten immer noch die heutige Weltwirtschaft bestimmt, beinhaltet allerdings auch philosophische Elemente, an die selten gedacht wird und auf die der Soziologe und Hayek-Anhänger Dario Antiseri von der arbeitgebernahen Universität LUISS in Rom aufmerksam macht: Weil der Verstand des Menschen beschränkt sei und die Ergebnisse seiner Handlungen nicht abzuschätzen vermag, könne nur größtmögliche Freiheit von Beschränkungen dazu führen, dass Dinge erreicht werden, die »in der Tat größer sind als der Einzelverstand«, wie Hayek seine Theorie des »wahren Individualismus« formuliert.

Solche Gedanken, die auch den mit Hayek befreundeten Philosophen Karl Popper beeinflusst haben, lassen unter diesem Aspekt unvermutet an das moderne Theorem der »Weisheit der Vielen« denken. Aber selbst abseits der Gegenwartsbezüge macht der Sammelband mit dem spröden Titel »Das Österreich der dreißiger Jahre und seine Stellung in Europa« deutlich, warum das Interesse der Wissenschaft an dem kleinen Staat der Zwischenkriegszeit so groß ist, und zwar auch jenseits der Grenzen (das Buch beruht auf einem internationalen Symposium in den italienischen Städten Neapel, Salerno

und Taurasi im Jahr 2007): Die Erste Republik war Erbe der Habsburger-Monarchie, die rückständige Politik mit höchster Modernität in der literarischen und wissenschaftlichen Kultur vereint hatte. Viele Autoren stellen denn auch den größeren Zusammenhang her mit dem Zerfall der alten, universellen Werte, zu der Hinterfragung ewiger Gewissheiten etwa durch Sigmund Freud und Friedrich Nietzsche, aber auch durch andere Proponenten auf dem Gebiet der Literatur, Musik und Philosophie.

Diese Entwicklung begann im späten 19. Jahrhundert, kulminierte im Ersten Weltkrieg und trieb schließlich noch in dem kleinen, ungeliebten Reststaat eindrucksvolle Blüten – nicht zuletzt im Austromarxismus, der, wie auch hier dokumentiert ist, vor allem in Italien mit seiner Tradition einer starken Arbeiterbewegung weiterhin ein Faszinosum darstellt.

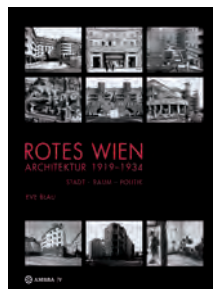


**GEORG FRIESENBICHLER**

ist Publizist in Wien.



Francesco Saverio Festa / Erich Fröschl / Tommaso La Rocca / Luigi Parente / Giusi Zanasi (Hrsg.)  
**DAS ÖSTERREICH DER DREISSIGER JAHRE UND SEINE STELLUNG IN EUROPA**  
Peter Lang Verlag,  
Frankfurt/Main 2012  
723 Seiten



Eve Blau  
 ROTES WIEN  
 ARCHITEKTUR 1919–1934  
 STADT – RAUM – POLITIK  
 AMBRA | V, Wien 2014  
 532 Seiten

# Rotes Wien

Dem umfassenden urbanen Projekt »Rotes Wien« hat Eve Blau eine kenntnisreich kommentierte Bilddokumentation gewidmet, die alle Voraussetzungen für ein neues akademisches Standardwerk über den »Austromarxismus« erfüllt.

Nach dem Zusammenbruch der k. und k. Monarchie bracht Wiens sozialdemokratischer Gemeinderat 1919 ein radikales Reformprogramm zur Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur von Österreichs Hauptstadt nach sozialistischen Leitlinien auf den Weg. Kernstück dieses Programms und zugleich die dauerhafteste Errungenschaft des »Roten Wien« war die Errichtung der Wiener Gemeindebauten: 400 kommunale Wohnblocks mit 64.000 neuen Wohneinheiten, in denen Arbeiterunterkünfte mit Kindergärten, Büchereien, allgemeinmedizinischen und zahnärztlichen Ambulatorien, Wäschereien, Werkstätten, Bühnen, Konsumgenossenschaftsläden, öffentlichen Gärten und Bäder sowie Sportanlagen untergebracht waren.

Eve Blau, die mit ihren Eltern 1938 in die USA emigrieren musste und dort als Professorin an den renommierten Universitäten Cambridge und Harvard unterrichtet, hat diesem umfassenden urbanen Projekt eine kenntnisreich kommentierten Bilddokumentation gewidmet, die alle Voraussetzungen für ein neues akademisches Standardwerk über den »Austromarxismus« erfüllt. Dass der gewichtige Band außerdem wesentlich von der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten mitfinanziert wurde, lässt hoffen, dass auch in diesen Kreisen der Erfahrungsschatz aus der Geschichte des »Kommunalsozialismus« langsam wieder die gebührende Würdigung erfährt.

Der Rezensent fühlt sich verpflichtet, auf zwei Abschnitte des voluminösen Werkes wegen ihres starken Gegenwartsbezuges besonders hinzuweisen:

- Einmal auf den Abschnitt über das einzigartige soziale Experiment Heimhof, das sogenannte »Einküchenhaus«. In der Johnstrasse 52–54 fanden in 270 Kleinstwohnungen vor allem berufstätige Ehepaare Aufnahme. Die Mahlzeiten wurden in der Gemeinschaftsküche hergestellt und im Speisesaal – oder direkt in den Wohnungen – verzehrt. Das Aufräumen der Wohnungen wurde durch ein in jedem Stockwerk angestelltes Dienstmädchen besorgt. Die Wäsche wurde in der Zentralwaschküche zum Selbstkostenpreis gewaschen. Gemeinsame Lesestuben und Sonnenterassen sollten die Freizeitkontakte der Bewohner fördern. Die Verwaltung des Heimhofes war demokratische organisiert. Alljährlich wurden Hausbewohner gewählt, die für die Verwaltung und die Führung der Zentralküche verantwortlich waren.

- Besondere Aufmerksamkeit verdient auch der Abschnitt über die Finanzierung des »Roten Wien« nach den Plänen des vom Banker zum sozialdemokratischen Finanzstadtrat avancierten Hugo Breitner. Der von den politischen Gegnern als »jüdischer Steuer-Sadist« verunglimpfte besteuerte Luxus jeder Art: Wer mehr als eine Hausgehilfin hatte, musste zahlen. Wer es sich leisten konnte, auf Pferderennen zu wetten, finanzierte damit Säuglingswäsche für Neugeborene. Exklusive Bars und Nachtlokale mussten Nahrungs- und Genussmittelabgaben entrichten. So wurden Austern, Kaviar, Trüffel, Hummer, Pasteten, ausländische Weine mit sieben Prozent besteuert – womit täglich das Mittagessen für 13.000 Schulkinder gesichert war ...

FRITZ KELLER  
 ist Publizist in Wien

# Emotionen, Angst & der Westen



## Heinrich August Winkler DIE GESCHICHTE DES WESTENS

Winklers dritter Band seiner Geschichte des Westens schildert meisterhaft die ereignisreichen Jahrzehnte vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Untergang der Sowjetunion. Der Westen entschied auf allen Ebenen den »Wettkampf der

Systeme« für sich. Doch Winkler zeigt auch sehr deutlich, dass aus den Umwälzungen der Jahre 1989 bis 1991 eine Welt ohne Gleichgewicht hervorging.

C.H. BECK, 1258 Seiten, 41,10 Euro



## Heinz Bude GESELLSCHAFT DER ANGST

Der Soziologe Heinz Bude erfasst eine Gesellschaft der verstörenden Ungewissheit, der runtergeschluckten Wut und der stillen Verbitterung. Das betrifft die Intimbeziehungen genauso wie die Arbeitswelt, das Verhältnis zu den politi-

schischen Angeboten ebenso wie die Haltung zur Finanzdienstleistung. Es ist die Angst vor den eigenen, schier unendlich wirkenden Möglichkeiten.

HAMBURGER EDITION, 168 Seiten, 16,50 Euro



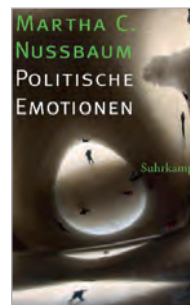
## Jeremy Rifkin DIE NULL-GRENZKOSTEN- GESELLSCHAFT

Aus unserer industriell geprägten erwächst eine globale, gemeinschaftlich orientierte Gesellschaft. In ihr ist Teilen mehr wert als Besitzen, sind Bürger über nationale Grenzen hinweg politisch aktiv und steht das Streben nach Lebensqualität über dem nach Reichtum. Wie dieser

fundamentale Wandel unsere Zukunft bestimmen wird?

Rifkin deutet für uns die Zeichen der Zeit.

CAMPUS, 528 Seiten, 27,80 Euro



## Martha C. Nussbaum POLITISCHE EMOTIONEN

Wie viel Gefühl verträgt eine Gesellschaft, die nach Gerechtigkeit strebt? Nicht viel, könnte man meinen und etwa auf die Gefahren verweisen, die mit der politischen Instrumentalisierung von Ängsten und Ressentiments verbunden sind. Emotionen, so eine weitverbreitete

Ansicht, sind im politischen Kontext generell schädlich. Dem widerspricht Martha C. Nussbaum in ihrem neuen Buch.

SUHRKAMP, 623 Seiten, 41,10 Euro



## Byung-Chul Han PSYCHOPOLITIK

»Der neue Star der deutschen Philosophie« (El País) setzt seine Kritik am Neoliberalismus leidenschaftlich fort. Pointiert legt er die Herrschafts- und Machttechnik des neoliberalen Regimes dar, die im Gegensatz zu Foucaults Biopolitik die

Psyche als Produktivkraft entdeckt. Han beschreibt die neoliberale Psychopolitik in all ihren Facetten, die in eine Krise der Freiheit führt.

FISCHER, 124 Seiten, 20,60 Euro



## Amana Fontanella-Khan PINK SARI REVOLUTION

Wo immer die Frauen der »Gulabi Gang«, der »pinkfarbenen Bande«, in Aktion treten, sind sie eine eindrucksvolle Erscheinung mit ihren leuchtenden Saris – und den Bambusstöcken, die sie, wenn nötig, auch einsetzen. Sie wehren sich

gegen die massive Gewalt, der Frauen in Indien oft ausgesetzt sind – im privaten wie im öffentlichen Raum. Gründerin und Anführerin der Selbstschutzgruppe ist Sampat Pal.

HANSER, 272 Seiten, 20,50 Euro

# Aussteiger, Boxer & Iren



**Lutz Seiler**  
KRUSO

Der »Deutsche Buchpreis 2014«: Als das Unglück geschieht, flieht Edgar Bendler aus seinem Leben. Er wird Abwäscher auf Hiddensee, jener legendenumwogten Insel, die, wie es heißt, schon außerhalb der Zeit und »jenseits der Nachrichten« liegt. Im Abwasch des Klausners, einer Kneipe hoch über dem Meer, lernt Ed Alexander Krusowitsch kennen – Kruso. Eine schwierige, zärtliche Freundschaft beginnt.  
SUHRKAMP, 484 Seiten, 23,60 Euro



**Stephanie Bart**  
DEUTSCHER MEISTER

Berlin, 9. Juni 1933: Johann Rukelie Trollmann ist ein talentierter, unkonventionell kämpfender Boxer und charismatischer Publikumsliebling. Er steht im Kampf um die Deutsche Meisterschaft. Seinem Gegner ist er überlegen. Doch Trollmann ist Sinto. SA steht am Ring. Funktionäre und Presse tun alles, um seine Karriere zu zerstören und ihn endgültig auf die Bretter zu schicken.  
HOFFMAN UND CAMPE, 384 Seiten, 22,60 Euro



**Thomas Hettche**  
PFAUENINSEL

Die Pfaueninsel in der Havel bei Potsdam war ein künstliches Paradies. Mit historisch verbürgten Personal stellt der Schriftsteller die Fragen der Gegenwart: nach der Zurichtung der Natur, der Würde des Menschen, und danach, was wir schön und was wir hässlich finden, nach dem Wesen der Zeit und den Empfindsamkeiten der Seele und des Leibes. Und er erzählt vor allem von einer großen Liebe.  
KIEPENHEUER & WITSCH, 352 Seiten, 20,60 Euro



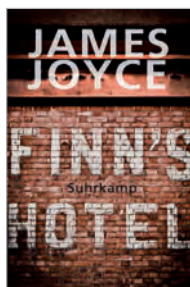
**Hilary Mantel**  
DIE ERMORDUNG  
MARGARET THATCHERS

Ein Unfall mit tödlichem Ausgang. Ein geheimnisvolles Satzzeichen. Ein aufdringlicher Besucher. Ein plötzlicher Herzstillstand. Es sind die unterschiedlichsten Dinge und Ereignisse, die Hilary Mantels Figuren aus der Lebensbahn werfen – mal für kurze Zeit, mal für immer. Hilary Mantel entlarvt die Abgründe, über denen das Leben wie ein dünner Teppich liegt.  
DUMONT, 158 Seiten, 18,50 Euro



**Neil Gaiman**  
DER OZEAN AM  
ENDE DER STRASSE

Es war nur ein Ententeich, ein Stück weit unterhalb des Bauernhofs. Und er war nicht besonders groß. Lettie Hempstock behauptete, es sei ein Ozean, aber das war Unsinn. Sie behauptete, man könne durch ihn in eine andere Welt gelangen. Und was dann geschah, hätte sich eigentlich niemals ereignen dürfen.  
EICHBORN, 238 Seiten, 18,50 Euro



**James Joyce**  
FINN'S HOTEL

Ein unbekannter James Joyce: Er besteht aus einer Folge von Fabeln, kurzen, prägnanten Prosatexten zu den entscheidenden Momenten der irischen Geschichte, beginnend mit der Ankunft St. Patricks auf der Grünen Insel im Jahr 432: des Heiligen, der Irland bekehrt? Nein, Irland bekehrt ihn – zu allem, was irisch ist. Joyce schrieb die zehn Episoden 1923, ein halbes Jahr, nachdem er sich vom Ulysses befreit hatte.  
SUHRKAMP, 101 Seiten, 18,50 Euro

# *Sinken soll die Lohnsteuer, nicht die Abgabenlast*


**D**as Märchen vom überbordenden Steuerstaat ist in aller Munde. Am lautesten schreien dabei jene, die kaum Steuern zahlen, aber ihre Privilegien bewahren wollen. Österreich belegt bei der Besteuerung von Vermögen den 25. Platz aller EU-Länder. In kaum einem europäischen Land kommen die wirklich großen Fische steuerlich unter so günstigen Umständen davon wie bei uns. Hingegen stehen wir mit der Belastung der Arbeitseinkommen durch Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten und Unternehmen sowie die Lohnsteuer an zweiter Stelle aller EU-Länder.

Deshalb brauchen wir eine intensive öffentliche Auseinandersetzung um die Qualität unseres Abgabensystems: Ist es sinnvoll, Leistungseinkommen aus Arbeit hoch zu belasten, leistungslos erhaltene Erbmassen hingegen steuerfrei zu stellen? Warum werden Grundstücke auf Basis ihres Wertes des Jahres 1972 und nicht zu aktuellen Werten wie die Arbeitseinkommen besteuert? Warum tragen jene fünf Prozent der Haushalte, die über ein Millionenvermögen verfügen, immer weniger zu den dringend gebotenen Investitionen des Sozialstaates bei?

Das von AK und ÖGB vorgelegte Modell für eine Steuerreform bringt diese Auseinandersetzung auf den Punkt: Es sieht eine massive Entlastung der Arbeitseinkommen vor, wobei die prozentuelle Entlastung bei kleinen Einkommen am höchsten ist, die absolute Entlastung hingegen bei recht hohen Einkommen. Die Verteilungswirkungen dieses Reformvorschlages sind dann klar positiv, wenn eine vollständige Gegenfinanzierung der Lohnsteuersenkung durch die Erhöhung vermögensbezogener Steuern erfolgt.

Die Gegenfinanzierung bildet den Brennpunkt der politischen Auseinandersetzung. Eine Millionärssteuer betrifft etwa 180.000 Haushalte, die zusammen über ein Vermö-

gen von mehr als 700 Milliarden Euro verfügen. Selbst bei einem Freibetrag von einer Million Euro pro Haushalt wird der Ertrag dieser Steuer deshalb mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr betragen. Eine neue Erbschafts- und Schenkungssteuer verlangt von den vom Schicksal Begünstigten einen gerechtfertigten Beitrag. Ihr Aufkommen wird angesichts der Konzentration des Vermögens rasch steigen und bei etwa 500 Millionen Euro pro Jahr liegen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug, vom automatischen Informationsaustausch mit den Steuerbehörden anderer Länder bis zur Eindämmung der notorischen Hinterziehung der Mehrwertsteuer hat ein sehr hohes Aufkommenspotential. Ebenso die systematische Durchforstung bestehender Ausnahmebestimmungen im Steuersystem auf ihre Sinnhaftigkeit. So ist die notwendige Senkung der Lohnsteuer finanzierbar.

Sie wird hingegen nicht durch eine Kürzung im Sozialstaat finanziert werden, wie es konservative Professoren und Wirtschaftsforscher vorschlagen. Niki Kowall und Eva Maltznig haben zuletzt im *Standard* zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Lohnsteuersenkung finanziert durch Kürzungen bei den Sozialleistungen verheerende Verteilungswirkungen hätte. Wer für ein Gesundheitssystem österreichischer Qualität, die Vermeidung von Armut im Alter, ein Bildungssystem, das alle Bevölkerungsgruppen integriert, und bessere Pflege für alle eintritt, der muss gegen eine Senkung der Abgabenlast eintreten. Wir wollen uns das tiefe Steuerniveau amerikanischer oder osteuropäischer Prägung nicht leisten. 

**MARKUS MARTERBAUER**

Marterbauer leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien.



